

WISSEN WAS VOR ORT PASSIERT!

KOPO

kommunalpolitische
blätter



REGISTER

76. Jahrgang 2024

BAUEN/WOHNEN

Wege zu mehr bezahlbarem Wohnraum

(Michael Kießling)

Demografische Veränderungen und Zuwanderung haben den Wohnungsbedarf in Deutschland erheblich gesteigert. Aktuell leben rund 9,3 Millionen Menschen in überbelegtem Wohnraum, und Branchenverbände berichten von einem Mangel an bis zu 800.000 Wohnungen.

KOPO 07/Seite 18f.

Raus aus der Wohnungsbaukrise

(Bernd Düsterdiek)

Bezahlbarer Wohnraum bleibt eines der drängendsten Probleme in Deutschland. Neue politische Ansätze wie die „Wohngemeinnützigkeit“ werden keine nennenswerte Wirkung entfalten. Um die Situation zu verbessern, sind umfassende Maßnahmen erforderlich. Dazu zählen eine effizientere Baulandmobilisierung, mehr Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau, eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit und bessere Förderkonditionen für kommunale Wohnungsunternehmen.

KOPO 07/Seite 20ff.

„Lego-Prinzip“ für bezahlbaren Wohnraum

(Tim-Oliver Müller)

Der kommunale Wohnungsbau in Deutschland steht vor enormen Herausforderungen. In den Ballungszentren steigt seit Jahren die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum schneller, als private Projektentwicklung und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegensteuern können.

KOPO 07/Seite 24f.

Reizvoll, sinnvoll, wohnvoll

(Andreas Steyer)

Der Bedarf an seniorenrechtlichem Wohnraum steigt in den kommenden Jahren erheblich. Die von wohnvoll entwickelten und/oder betriebenen Senior-Living-Standorte sind darauf ausgelegt, älteren Menschen ein selbstbestimmtes, sicheres und komfortables Zuhause zu bieten, in dem sie nach ihren individuellen Bedürfnissen Service- und Pflegeleistungen nutzen können.

KOPO 07/Seite 26f.

Der lange Weg zum digitalen Bauantrag

(Eva Majewski)

In aller Munde ist der Themenkomplex Digitalisierung in der Verwaltung insgesamt, jedoch nicht in aller Gebrauch ist der digitale Bauantrag. Obwohl die Möglichkeit bereits seit mehreren Jahren besteht, werden im Bezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin (knapp 360.000 Einwohnerinnen und Einwohner) derzeit weniger als zehn Prozent aller Bauanträge digital gestellt. Eine digitale Spurensuche und Entdeckungstour durch die Verwaltung von und mit Eva Majewski, Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung und Facility Management.

KOPO 07/Seite 28f.

Bedrohte Zukunftsfähigkeit

(Dr. David Eberhard)

Die Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland befindet sich in einer schwierigen Konstellation. Einerseits steht sie bei Zukunftsthemen

wie Klimawandel, Demografie und Energiewende vor enormen Herausforderungen. Andererseits sieht sie sich aber weiterhin mit flächendeckend hohen Leerständen und vielfach schwacher Mietentwicklung konfrontiert. Wie ist die Lage – und was für Optionen gibt es? KOPO 07/Seite 30f.

Plus Engie-Häuser von der Stange

(Raphael Riesterer)

Für das vielfach ausgezeichnete Neubauprojekt „Zukunft Wohnen“ in Staufen im Breisgau wurde eine innovative Wohnanlage mit 54 Wohneinheiten in serieller Bauweise errichtet. Das Besondere: Die Wohnanlage erfüllt den anspruchsvollen Plusenergiehausstandard. Das bedeutet, die Wohnungen benötigen nur sehr wenig Energie zum Heizen und produzieren eigenen Strom. Die Anlage, bestehend aus vier dreigeschossigen Baukörpern um einen gemeinsamen Innenhof, setzt auf regionale und nachhaltige Rohstoffe. Alle Wohnungen sind barrierefrei zugänglich und bieten Platz für Carsharing und E-Ladestationen. Dank der seriellen Bauweise und Staffelung der Kaltmieten bleiben die Mieten bezahlbar.

KOPO 07/Seite 36f.

NRW ist ein verlässlicher Partner für Bauwillige

(Ina Scharrenbach)

Im Interview spricht Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, über die aktuellen Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Wohnungsmarkt. Sie erläutert die notwendigen Veränderungen in den Bauvorschriften, die Rolle der Kommunen bei der Schaffung von Wohnraum und die Maßnahmen, die Nordrhein-Westfalen erfolgreich zur Förderung des Wohnungsbaus ergriffen hat.

KOPO 07/Seite 40ff.

BILDUNG

Gemeinsamer Aufruf für den gebundenen Ganztag

(Markus Klaus)

In einem gemeinsamen Aufruf fordern der Städtetag NRW, der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen sowie Bildungsgewerkschaften und Elternverbände aus NRW die Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten für den gebundenen Ganztag an Grundschulen in Nordrhein-Westfalen. Sie heben hervor, dass Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit unerlässlich sind und durch gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Ressourcen unterstützt werden müssen. Die Bedeutung von verlässlichen Ganztagsschulzeiten, die qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung bieten, wird betont.

KOPO 05/Seite 16

BUNDESPOLITIK

Ampel liegt bedenklichen Haushaltsentwurf vor

(Christian Haase)

Irgendwie hat sich die Koalition dann doch noch geeinigt. In letzter Minute wurden die letzten Hürden aus dem Weg geräumt, damit Bundestag und Bundesrat noch fristgerecht den Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 zugeleitet bekommen. Und so läutete

die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause traditionell die parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts ein.
KOPO 10/Seite 12f.

Hoffen auf Gleichwertigkeit

(Petra Nicolaisen)

Wie weit sind wir bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland und was muss künftig unternommen werden, um bestehende Defizite auszugleichen? Die Bundesregierung hat Anfang Juli 2024 erstmals einen Gleichwertigkeitsbericht vorgelegt. Sie versucht damit, anhand objektiv darstellbarer Indikatoren den Stand der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland messbar zu machen. Fazit: Es gibt keine hoffnungslosen Fälle – der Gleichwertigkeitsbericht 2024 der Bundesregierung macht Mut zur Hoffnung, zeigt aber auch die Schwächen der Ampelpolitik auf.

KOPO 10/Seite 14ff.

Kommunalpolitik unter Druck

(Dr. Uda Bastians)

Die Kommunalpolitik ist das Herzstück unserer Demokratie. Vor Ort engagieren sich Menschen haupt- und ehrenamtlich für ihre Stadt, die Einbindung in die Region und die demokratischen Grundlagen unseres Miteinanders. Kommunen bilden das Fundament unseres Gemeinwesens, dort wird der Rahmen für das Zusammenleben gestaltet. Ohne diese Basis ist unser demokratisches Gemeinwesen nicht denkbar.

KOPO 10/Seite 22f.

Bundestagswahlen 2025: Nie wieder Ampel!

(Christian Haase)

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) wird sich auf ihrem Kongress-*kommunal* am 15. und 16. November in Bielefeld auf den kommenden Bundestagswahlkampf einstimmen und ihre Forderungen an das Wahlprogramm von CDU und CSU beschließen. Wir brauchen dringend einen Pakt des Vertrauens.

KOPO 11/Seite 12ff.

Ländliche Räume stärken

(Petra Nicolaisen)

Ländliche Räume in Deutschland sind vielfältig und stehen in enger Wechselbeziehung zu städtischen Ballungszentren. Wie sie durch die richtigen politischen Weichenstellungen weiter gestärkt werden können, haben mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 9. Oktober 2024 engagiert diskutiert.

KOPO 12/Seite 20ff.

CDU PARTEITAG

Grundsätzlich *kommunal* – CDU mit klarem Kompass

(Christian Haase)

Nach der verlorenen Bundestagswahl am 26. September 2021 hat sich die CDU Deutschlands eine Standortbestimmung verordnet. Vor rund zwei Jahren startete der Prozess zum neuen Grundsatzprogramm – dem vierten in der Geschichte der Partei. Der Entwurf wird auf dem CDU-Parteitag in Berlin beschlossen. Als KPV

haben wir nicht lockergelassen und unsere Positionen mit Nachdruck vertreten. Denn wir sind überzeugt: Nur mit einer starken kommunalen DNA gewinnt die CDU auch wieder Wahlen.

KOPO 05/Seite 12f.

Wir müssen die Kommunen stärken

(Michael Kretschmer)

Michael Kretschmer MdL, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, kandidiert auf dem CDU-Parteitag erneut für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU. Wir wollten wissen, welche Lehren er aus den Herausforderungen der Flüchtlingskrise und dem Aufstieg extremistischer Parteien gezogen hat. Außerdem haben wir über die Themen gesprochen, die die Menschen in Sachsen vor den bevorstehenden Wahlen bewegen.

KOPO 05/Seite 14f.

Wohneigentum im neuen Grundsatzprogramm

(Christian König)

Nach 1978, 1994 und 2007 verabschiedet die CDU in diesen Tagen ihr viertes Grundsatzprogramm. Im Entwurf findet sich ein klares Bekenntnis zum Wohneigentum. Die Debatte auf dem Parteitag sollte genutzt werden, um an zwei Stellen „nachzusteuern“: im Kontext Vermögensbildung und private Altersvorsorge.

KOPO 05/Seite 17

DASEINSVORSORGE

Wir müssen den wachsenden Populismus zurückdrängen

(Dr. André Berghegger)

Seit dem 1. Januar 2024 ist Dr. André Berghegger neuer Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Wir haben mit ihm über die Herausforderungen in seiner neuen Position gesprochen, seine Einschätzung zur prekären Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden sowie über die immensen Herausforderungen durch die hohe Anzahl geflüchteter Menschen in Deutschland.

KOPO 01/Seite 16f.

VKU: 75 Jahre verlässliche Daseinsvorsorge

(Ingbert Liebing)

Kommunale Unternehmen bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen das Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie arbeiten zuverlässig, effizient und innovativ. Seit 1949, seit 75 Jahren, steht der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) an ihrer Seite. Wir feiern dieses Jubiläum und nutzen es für einen Rückblick auf bisherige Meilensteine und einem Ausblick auf aktuelle Herausforderungen.

KOPO 07/Seite 32ff.

DIGITALISIERUNG

KI: Neue Wege für Kommunalverwaltungen

(Christian Engelhardt, Franz-Reinhard Habel)

Der Ruf der Verwaltung ist vielerorts ramponiert. Der demografische Wandel, fehlende Mitarbeiter und begrenzte Ressourcen machen es den Behörden schwer, die an sie gestellten An-

forderungen zu erfüllen. Viele Experten empfehlen den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), um Prozesse effizienter zu gestalten und die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen. Praxisbeispiele aus dem Kreis Bergstraße zeigen, wo KI bereits heute erfolgreich zum Einsatz kommt. Damit KI die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen kann, braucht es aber zuerst einen Kulturwandel im Sinne einer neuen Fehlerkultur in den Amtsstuben.

KOPO 02/Seite 34ff.

Cyberresilienz: Chancen und Herausforderungen

(GPT-3, OpenAI)

In einer zunehmend vernetzten Welt gewinnt die Digitalisierung in Kommunen an Bedeutung. Die Nutzung von Informationstechnologie ermöglicht effizientere Verwaltungsprozesse, verbesserte Dienstleistungen und eine gesteigerte Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig nehmen jedoch auch die Herausforderungen im Bereich der Cybersecurity zu. Die Sicherheit digitaler Infrastrukturen und Daten ist essenziell, um die Funktionsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten. Dieser Beitrag beleuchtet die Bedeutung von Cyberresilienz in Kommunen, analysiert Herausforderungen und präsentiert Strategien zur Stärkung der digitalen Widerstandsfähigkeit.

KOPO 02/Seite 38f.

Der Klimawandel ist nicht die einzige Herausforderung

(Dr.-Ing. Lisa Broß)

Auch die Wasserwirtschaft hat die Zeitenwende ausgerufen. Wir haben ein exklusives Interview mit Dr.-Ing. Lisa Broß, der neuen Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsführung, geführt, wie sich die Branche zukunftssicher aufstellen will.

KOPO 01/Seite 18ff.

Warum Kommunen KI nutzen sollten

(Christian Haase)

Kommunen stehen vor der Herausforderung, ihre Verwaltungsaufgaben effizienter zu gestalten und gleichzeitig das Gemeinwohl zu fördern. Künstliche Intelligenz gilt als der entscheidende Hebel, um diese Ziele zu erreichen.

KOPO 06/Seite 12f.

Alles nur noch Cloud?

(Rudolf Schleyer)

Schlagwörter beherrschen die öffentliche Debatte über Digitalthe-men. Höchste Zeit, konkret zu werden und den Kommunalbezug klar zu machen. Die AKDB engagiert sich unter anderem in der Deutschen Verwaltungscld (DVC), um den Kommunen gute Rahmenbedingungen bieten zu können.

KOPO 06/Seite 14f.

Kommunale Schul-IT: Eine Raketenwissenschaft?

(Friederike Jörke, Dr. Julian Bomert)

5.500 Schulträger stehen in Deutschland vor der komplexen Herausforderung, eine moderne und funktionierende Schul-IT aufzustellen. Auf bisherige Erkenntnisse zur Umsetzung und bestehenden Lösungen zurückzugreifen, kann Kommunen den Start erleichtern. Hierbei bietet der neue Schul-IT-Navigator ungeahnte Chancen.

KOPO 06/Seite 16f.

Digitaler Fortschritt für bürgernahe Verwaltung

(Dr. Klaus Effing, Marc Groß)

Bürgerinnen und Bürger erwarten eine effiziente, zukunftssichere und nachhaltige Verwaltung. Das ist nur mit Hilfe einer konsequenten Digitalisierung und der Neuausrichtung von Verwaltungsprozessen zu leisten. Die Vision der KGSt für den „Bürgerservice 2030“ setzt auf bürgernahe, proaktive und automatisierte Services, die von einer kooperativen Netzwerkkommune getragen werden.

KOPO 06/Seite 18f.

Merseburger Digitaltage 2024

(Sirko Scheffler, Martin K. Halliger)

Auch in diesem Jahr finden wieder die Merseburger Digitaltage statt. Unter dem Motto „Smart City und Digitale Verwaltung“ vereinen die diesjährigen Merseburger Digitaltage erneut zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auf dem Campus der Hochschule Merseburg. Gemeinsam erleben sie digitale Technologien in unterschiedlichen Kontexten und diskutieren über die digitale Teilhabe verschiedener Zielgruppen.

KOPO 06/Seite 20f.

Die Rolle der EUDI Wallet in Kommunen

(Lilly Schmidt)

Die EUDI Wallet, auch bekannt als European Digital Identity Wallet, stellt ein zentrales Element der EU-Initiative zur digitalen Identität dar. Sie bietet Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, eine sichere digitale Identität zu besitzen und verschiedene Dienste online zu nutzen. Für Kommunen eröffnen sich damit zahlreiche Potenziale. Im Folgenden werden die wesentlichen Nutzenaspekte der EUDI Wallet für die kommunale Ebene sowie die damit verbundenen Anforderungen erörtert.

KOPO 06/Seite 24f.

eIDAS 2.0 als Innovationsbeschleuniger

(Dr. Markus Reichel)

In einer Zeit des digitalen Wandels steht die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung im Zentrum der politischen Bemühungen in Deutschland und Europa. Ein bedeutender Schritt in diese Richtung wird die Implementierung der jüngst verabschiedeten eIDAS 2.0 Verordnung, die eine sichere und grenzüberschreitende digitale Identität für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ermöglicht. Als Rahmenarchitektur für Digitale Identitäten wird sie der Anker für die Digitalisierung in Deutschland, Europa und der Welt – gleichermaßen in der Verwaltung wie in der Wirtschaft.

KOPO 06/Seite 26f.

Endlich intelligente Verwaltung

(Dr. Uda Bastians)

Die Digitalisierung ist schon lange Hoffnungsträgerin für eine schlankere und schnellere Verwaltung, ohne Zeitverlust durch Postlaufzeiten und ohne Übertragungsfehler, um nur ein paar Vorteile zu nennen. Mit den Entwicklungen bei der Künstlichen Intelligenz (KI), die wie ChatGPT oder Midjourney auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sind, sind die Erwartungen noch einmal gestiegen. Die Aussicht, den Demographiebedingt zunehmenden Personalmangel und den damit verbundenen Wissensverlust durch KI zu entschärfen, ist verlockend. Hinzu kommt die Aussicht auf gänzlich neue Services wie etwa automatische Übersetzungen in Fremdsprachen, leichte Sprache oder

Gebärdensprache oder die automatisierte Erstellung von Protokollen. KI stellt neben Effizienz auch eine neue Qualität der Verwaltung in Aussicht.

KOPO 06/Seite 28f.

Die digitale Daseinsvorsorge braucht Struktur und Regeln (Ingbert Liebing)

Durch die Digitalisierung gewinnt auch die digitale Grundversorgung an Bedeutung. Für kommunale Unternehmen ist es selbstverständlich, dass die Steuerung der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zum großen Teil digital erfolgt. Man kann fragen: Sind digitale Dienstleistungen inzwischen selbst ein Teil der Daseinsvorsorge? Wenn ja, was heißt das konkret? Diese Diskussion steht noch am Anfang.

KOPO 06/Seite 30f.

OZG-Hub: Onlinedienste bundesweit nachnutzen (Stefan Krebs)

Mit dem OZG-Hub können Verwaltungen in ganz Deutschland einfach und ressourcenschonend bundesweit nutzbare digitale Bürgerdienste entwickeln und zur Nachnutzung bereitstellen – und das ohne aufwendige und kostenintensive Programmierarbeiten: Der Low-Code-Ansatz aus Baden-Württemberg ermöglicht es den Mitarbeitenden unterschiedlicher Verwaltungen, notwendige Anpassungen für die individuelle Nachnutzung auch ohne vertiefte IT-Kenntnisse vorzunehmen. So können Texte, Logos, Datenschutzerklärungen oder Anbindungen an Schnittstellen angepasst und der individualisierte Onlinedienst für die Kommunen generiert werden.

KOPO 06/Seite 34f.

Wer ist bereit? KI in der öffentlichen Verwaltung (Dorian Wachsmann)

Über alle föderalen Ebenen hinweg wurde erkannt, dass generative Künstliche Intelligenz gekommen ist, um zu bleiben und in vielen Arbeitsbereichen beispielsweise durch (Teil-) Automatisierung von Prozessen Entlastung verspricht. Das ist in einer durch demografischen Wandel und Fachkräftemangel geprägten Verwaltung dringend nötig.

KOPO 06/Seite 36f.

Aus der Praxis: Das Geoportal Stuttgart (Tobias Neder, Dr. Steffen Volz)

Für fundierte Entscheidungen, wie sie in Kommunalverwaltungen täglich getroffen werden müssen, bieten Geoinformationen beziehungsweise digitale Karten eine wesentliche Grundlage. Von zentraler Bedeutung sind sie außerdem, wenn es um den Aufbau von Smart Cities und die intelligente Steuerung von Städten geht, zum Beispiel anhand von Verkehrs- oder Klimadaten. Kommunale Geoportale bieten einen Zugang für die Öffentlichkeit auf die Geodatenschätze der Städte. Wie ein modernes Geoportal aussieht, wird im Beitrag anhand des Geoportals der Landeshauptstadt Stuttgart erläutert.

KOPO 06/Seite 38f.

Kleine Gemeinden auf dem Weg zur Smart City (Dr. Ilona Benz)

Das Konzept der smarten Stadt (Smart City) ist vorrangig aus dem großstädtischen Kontext bekannt. Das Modell lässt sich jedoch auch auf kleine Gemeinden übertragen. Ebenso wie Großstädte und Me-

tropolen profitieren auch einwohnerschwächere Kommunen von der Nutzbarmachung digitaler Technologie für die Erfüllung kommunaler Aufgaben und zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Dank des mutigen Vorangehens einzelner Pioniere sind einige Erfolgsfaktoren und Herausforderungen bekannt, von denen andere Gemeinden auf dem Weg zu Smart City nun profitieren können.

KOPO 06/Seite 40ff.

Verwaltungsportale mit KI zugänglich gestalten (Matthias Hörmeyer)

Steigende Erwartungen der Bürger:innen an eine moderne Verwaltung, eine erhöhte Krisendichte und immer neue gesetzliche Umsetzungsanforderungen gerade auf kommunaler Ebene: Viele Entwicklungen deuten darauf hin, dass die Arbeitsdichte in den Kommunalverwaltungen zunimmt. Dem stehen Arbeitskräftemangel und Fachkräfteengpässe gegenüber.

KOPO 12/Seite 30f.

KI als Zukunftschance für Kommunen (Dr. Uda Bastians)

Deutsche Kommunen stehen vor beispiellosen Herausforderungen: Bund und Länder übertragen ihnen immer neue Aufgaben – von Cannabiskontrollen bis zu beschleunigten Einbürgerungen –, während der Personal- und Fachkräftemangel dramatisch zunimmt.

KOPO 12/Seite 32f.

Potenzial von KI zukunftssicher im Blick (Lars Hoppmann)

VITAKO treibt die digitale Transformation kommunaler Verwaltungen voran, setzt dabei auf Künstliche Intelligenz und tritt digitalen Bedrohungen entschlossen entgegen.

KOPO 12/Seite 34f.

Gemeinsam in die digitale Zukunft (Stefan Krebs)

Die Digitalisierung muss den Menschen dienen. Genau dort setzen wir mit unserer Digitalakademie@bw an.

KOPO 12/Seite 36f.

Effizienzsteigerung durch KI im Wahlkampf (Lilli Fischer)

Die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) hat in den vergangenen Jahren tiefgreifende Veränderungen in der politischen Kommunikation bewirkt. Insbesondere im Wahlkampf ist KI mittlerweile ein fester Bestandteil, der Kampagnen effizienter und zielgerichteter macht. Als Wahlkampfleiterin der CDU Thüringen und Stadträtin in Erfurt konnte ich hautnah erleben, wie vielseitig KI eingesetzt werden kann – und welche Chancen, aber auch Risiken diese Technologie birgt.

KOPO 12/Seite 38f.

KI in Kommunen: ein Gamechanger

Ein persönlicher Assistent, der alle zeitaufwendigen Aufgaben erledigt: Texte schreiben, Mängel bewerten, Protokolle verfassen, Akten aus dem Dokumentenmanagementsystem herausfiltern. Das wünschen sich viele Sachbearbeitende und Entscheider in Kommunalverwaltungen. Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) hat einen kommunalen KI-Assistenten entwickelt. Sein Name lautet KAI.

KOPO 12/Seite 43

Was tun gegen Deepfakes?*(Christian Schwarz; Peter Kaumanns)*

Wer sich im Internet bewegt, ist ihnen sicher schon begegnet: Deepfakes. Hierunter versteht man Bild-, Video- und Audiodateien, welche unter Einsatz von Software erstellt oder manipuliert werden. Hierbei werden die darin gezeigten Personen in einen völlig falschen Kontext gesetzt. Das Resultat sieht oft täuschend echt aus. Nur bei genauer Betrachtung ist zu erkennen, dass es sich nicht um eine echte Veröffentlichung handelt.

KOPO 12/Seite 44ff.

ENERGIE und ENERGIEWENDE**Mit Milliarden den Landkreis beleben***(Bertram Fleck, Heinrich Strößenreuther)*

Wenn es um erfolgreiche Beispiele für die Klimawende geht, blicken wir zu oft auf die Bundesebene. Gerne wird aber auch auf die Geschichte des Rhein-Hunsrück-Kreises verwiesen. Ohne Industrie und nach Abzug der Bundeswehr sowie der amerikanischen Streitkräfte war der Landkreis in den 90er Jahren hoch verschuldet. Dazu flossen in etwa drei Jahren rund eine Milliarde Euro an Energieimportkosten aus dem Kreis. Heute floriert die regionale Wirtschaft, der Schuldenstand ist niedrig, die Gemeinden haben Rücklagen in Höhe von 106 Millionen Euro, die regionale Wertschöpfung aus der Energiewende beträgt 44 Millionen Euro pro Jahr und ganz nebenbei ist die Stromversorgung des Landkreis bilanziell zu 330 Prozent klimaneutral.

KOPO 01/Seite 21ff.

Stadtwerke Flensburg setzen auf Grünen Wasserstoff*(Petra Nicolaisen)*

Flensburg auf dem Weg zur Klimaneutralität: Die Stadtwerke Flensburg haben sich ehrgeizige Ziele gesetzt und planen, bis 2035 Strom und Fernwärme ohne CO₂-Ausstoß zu erzeugen. Um die Transformation erfolgreich voranzutreiben, setzt die „Fernwärme-Hauptstadt“ Deutschlands auf Großwärmepumpen, grünen Wasserstoff und eine intelligente Netzoptimierung. Ein ambitioniertes Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 400 Millionen Euro.

KOPO 01/Seite 26f.

Heizen mit Abwasser*(Prof. Dr. Uli Paetzel, Lars Martin Klieve)*

Die kommunale Wärmeplanung war bereits vor der Verabschiedung des entsprechenden Bundesgesetzes Thema vor Ort. Weniger beachtet wird dabei vielfach noch ein originär lokales Wärmepotenzial: Wärme aus dem öffentlichen Kanalnetz (und Kläranlagen) verbindet Stadtentwässerung und Wärmeversorgung vor Ort. Ein Thema (nicht nur) für Stadtwerke, die hier die Erledigung gleichsam mehrerer öffentlicher Aufträge miteinander verbinden können.

KOPO 01/Seite 28ff.

Stromnetzentgelte steigen massiv in 2024*(Ingbert Liebing)*

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil gegen den verfassungswidrigen Nachtragshaushalt schlägt auch auf die Energiebranche und insbesondere die Stadtwerke durch. Der plötzliche Wegfall

des geplanten Bundeszuschusses von 5,5 Milliarden Euro für Übertragungsnetzbetreiber führt zu steigenden Netzentgelten und damit zu höheren Energiepreisen für Verbraucher.

KOPO 01/Seite 32f.

Blick aufs große Ganze fehlt bei der Wärmeplanung*(Ina Scharrenbach)*

Von der bevorstehenden kommunalen Wärmeplanung bis zur Zukunft der Straßenausbaubeiträge – NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach findet klare Worte. Im Interview erläutert die Ministerin, wo die Kommunen in der Vorbereitung auf die Wärmeplanung stehen und benennt die Probleme bei der Bundesunterstützung. Außerdem stellt sie die Landesinitiative „Bau.Land. Leben“ vor: Damit ist es Nordrhein-Westfalen gelungen, eine Fläche von über 2000 Fußballfeldern für den Wohnungsbau bereitzustellen.

KOPO 01/Seite 34f.

Neue Speicher braucht das Land*(Ingbert Liebing)*

Die zukünftige Energieversorgung in Deutschland ist auf erneuerbare Energien ausgerichtet. Da Sonne und Wind allerdings keine konstanten Energiequellen sind, braucht es zum einen neue und steuerbare Kraftwerke als Backup, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Deren Rahmenbedingungen werden aktuell in der Kraftwerksstrategie erarbeitet. Andererseits wird das Speichern der Energie künftig eine immer größere Rolle spielen müssen, um Schwankungen im System auszugleichen. Bislang gibt es aber noch eine Vielzahl von Hemmnissen, die den zügigen Ausbau von Stromspeichern ausbremsen.

KOPO 02/Seite 14f.

Energiewende im Schulterchluss*(Markus Klaus)*

Die Dekarbonisierung des Wärmesektors ist ein wichtiger Schlüssel für das Erreichen der Klimaziele. Vertreter von Städten, Gemeinden und Energieversorgern kamen am 19. Januar in Bochum zusammen, um über Chancen, aber auch die Grenzen des Möglichen zu beraten. Initiiert wurde der Kongress durch den Verband kommunaler Unternehmen – Landesgruppe NRW (VKU-NRW), den Städtetag NRW und den Städte- und Gemeindebund NRW.

KOPO 03/Seite 18f.

Kritik an Kraftwerksstrategie*(Ingbert Liebing)*

Die Spitzen der Koalition haben sich politisch auf Eckpunkte zu einer Kraftwerksstrategie verständigt. Die Kraftwerksstrategie ist für das Gelingen der Energiewende entscheidend, weil Deutschland 2030 alle Kohlekraftwerke abschalten will und das Land dann mit Strom zu 80 Prozent aus Wind- und Solarkraftanlagen versorgt werden soll. Es ist gut, dass es endlich eine gewisse politische Verständigung gibt, aber es bleiben noch viele Fragen offen.

KOPO 03/Seite 22f.

Die Wärmewende gegen Fehlinvestitionen absichern*(Dr. Andrej Jentsch)*

Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Das gilt auch für die kommunale Wärmeplanung. Auch vermeintlich klimaneutrale Lösungen können sich auf lange Sicht als wenig klimafreundlich

entpuppen. Neben dem offensichtlichen Ziel, schädliche Treibhausgasemissionen zu senken, sollte eine nachhaltige Wärmelösung auch möglichst sparsam mit Ressourcen umgehen. Die Ressourcenexergieanalyse (REA) bietet Kommunen ein hilfreiches Instrument. Ein Beitrag vom Entwickler der REA.

KOPO 04/Seite 36f.

Energy Sharing – Reallabor in der Gemeinde Bakum

(Christian Haase)

Erneuerbaren Strom produzieren und vor Ort nutzen und teilen? Was sich wie Zukunftsmusik anhört, wird in einem Demonstrationsprojekt in der Gemeinde Bakum schon heute realisiert. Christian Haase war zu Besuch bei neoom: Das Start-up hat gemeinsam mit der Energiegenossenschaft Bakum und EWE NETZ eine Energy Sharing Community ins Leben gerufen. Geteilt wird der Strom aus einem gemeinsamen Windpark und PV-Anlagen. Das fördert die Akzeptanz für den Ausbau Erneuerbarer Energien und stärkt die Gemeinschaft.

KOPO 09/Seite 14f.

Kostenfaktor Kommunale Wärmeplanung

(Nadine Schartz)

Im Rahmen der Energiewende sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien und für eine letztlich CO²-lose Wärmeversorgung auf den Weg gebracht worden. Ein wichtiger Baustein ist dabei die kommunale Wärmeplanung. Diese erfordert nicht nur einen hohen planerischen Aufwand, Kosten und Personaleinsatz, sondern birgt auch die Gefahr, dass damit hohe, schwer zu erfüllende Erwartungen bei der Umsetzung vorgenommener Planungen geweckt werden.

KOPO 09/Seite 22ff.

ETS II: Klimaschutz meistern mit sozialen Lösungen

(Dr. Timm Kehler)

Die Bewältigung des Klimawandels erfordert entschlossenes Handeln auf allen Ebenen der Gesellschaft. Die Novellierung des Klimaschutzgesetzes und die Einführung des Emissionshandelssystems ETS II ab 2027 bieten deutschen Kommunen und kommunalen Unternehmen neue Chancen und stärken ihre Rolle im Klimaschutz.

KOPO 09/Seite 28f.

Wärmenetze: Regierung muss jetzt die Weichen stellen

(Ingbert Liebing)

Die Wärmewende ist eine zentrale Säule der Energiewende. Das Wärmeplanungsgesetz (WPG) gibt konkret die Zwischenziele für den Umbau der Wärmenetze vor. Bestehende Wärmenetze müssen bis 2030 einen Anteil von 30 Prozent und bis 2040 einen Anteil von 80 Prozent erneuerbarer Energie erreichen. Ab März 2025 müssen neue Wärmenetze einen Anteil von 65 Prozent erreichen. Der Druck, der auf den kommunalen Unternehmen lastet, ist hoch. Deshalb brauchen wir von der Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode klare Angaben zur Förderung und Finanzierung des Umbaus!

KOPO 09/Seite 30f.

Warum Erneuerbare Energien alternativlos sind

(Hans-Josef Vogel)

Mit unbarmherzigem Tempo schreitet die Klimakrise voran. Die Kosten, die extreme Hitze und Dürren, drastische Starkregen, Überschwemmungen und steigender Meeresspiegel mit ihren Produktivitäts- und Einkommensverlusten, Gesundheitsbeein-

trächtigungen und Unbewohnbarkeiten et cetera verursachen, sind immens und um ein Vielfaches höher im Vergleich zum konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien.

KOPO 09/Seite 34f.

Villingen-Schwenningen treibt Klimaschutz voran

(Madlen Falke)

Die Stadt Villingen-Schwenningen setzt entschlossen auf innovative Maßnahmen, um die Klimaneutralität zu erreichen und ihren Beitrag zum Ziel der „Grünen Null“ zu leisten. Dabei will die Stadt Villingen-Schwenningen die großen Schritte machen, damit die Bürgerinnen und Bürger, die für das Erreichen der „Grünen Null“ ebenso gefordert sind, das Ziel mit entsprechend kleinen, leistbaren Schritten mitgehen können.

KOPO 09/Seite 36f.

Geothermie: Wärme aus der Erdkruste

(Gregor Dilger)

Die Geothermie bietet ein immenses Potenzial. Über die Hälfte des deutschen Wärme- und Kältebedarfs könnte durch Geothermie gedeckt werden. Das zeigen aktuelle Studien deutscher Spitzenforschungsinstitute wie der Fraunhofer- und Helmholtz-Gesellschaft sowie dem Hamburg Institut im Auftrag des Umweltbundesamtes. Das Fraunhofer IEG beziffert in seiner „Roadmap Oberflächennahe Geothermie“ das Potenzial der Oberflächennahen Geothermie auf 600 Terawattstunden pro Jahr. Das Potenzial der Tiefen Geothermie wird in den Studien auf 118 bis weit über 300 TWh/a Jahresarbeit veranschlagt. Dabei beziehen sich diese Werte regelmäßig nur auf die Potenziale der Oberflächennahen Geothermie sowie der hydrothermalen Geothermie, also die gängigste Variante der Tiefen Geothermie. Die Potenziale der petrothermalen Geothermie, bei der trockene heiße Gesteinsschichten als Wärmetauscher erschlossen und genutzt werden, kommen hier noch hinzu.

KOPO 09/Seite 38f.

Energiewende und Klimaanpassung: Die Zeit läuft!

(Ingbert Liebing)

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien haben wir in Deutschland große Fortschritte gemacht. Mit Blick auf das Klimaschutzziel – Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 – dürfen wir trotzdem keine Zeit verlieren. Um Verzögerungen bei Energiewende-Projekten zu vermeiden, brauchen Stadtwerke Investitionssicherheit. Wir brauchen verlässliche Regelungen sowie Klarheit zu möglichen Finanzierungsinstrumenten, Fördermitteln und Vergütung von Dienstleistungen. Was jetzt nicht entschieden wird, bleibt bis 2026 liegen.

KOPO 10/Seite 17ff.

Energiewende in Nordrhein-Westfalen

(Julia Zupancic)

Nordrhein-Westfalen (NRW) spielt als bevölkerungsreichstes Bundesland eine Schlüsselrolle bei der Energiewende in Deutschland. Das KfW-Energiewendebarmeter 2024 zeigt, dass NRW hinter dem Bundesschnitt zurückliegt, aber auch Potenziale hat.

KOPO 11/Seite 37

Kapital für die Wärmewende

(Prof. Dr. Sven-Joachim Otto, Elke Beermann)

Die kommunalen Spitzenverbände und Thinktanks in Deutschland haben in den letzten Jahren in verschiedenen Studien beeindruckende Zahlen vorgelegt, welche Investitionen sie für erforder-

derlich halten, um die Klimaziele bis 2030/2045 zu erreichen. Laut Fortschrittsmonitor Energiewende 2024 von BDEW und EY müssen 721 Milliarden Euro bis 2030 für Energie- und Wärmeerzeugung, Netze und Speicher investiert werden. KOPO 11/Seite 38f.

Strommarkt der Zukunft

(Ingbert Liebing)

Durch den Ausbau der Erneuerbaren und den Rückbau konventionell steuerbarer Stromerzeugungsanlagen verändern sich die Erfordernisse für die Versorgungssicherheit massiv. In der modernen Energiewelt gibt es viel mehr Produzenten und Abnehmer mit höherer Nachfrage als früher, etwa durch eine zunehmende Anzahl an Wärmepumpen, Elektrofahrzeugen und Photovoltaikanlagen. Versorgungssicherheit bleibt für uns oberste Priorität. Bezahlbare Preise und Klimaneutralität ergänzen das Zieldreieck. KOPO 11/Seite 24f.

Fernwärme – Ein Blick auf die Kosten

(Dr.-Ing. Jens Kühne)

Die kommunale Wärmeplanung schafft die Grundlagen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Gemeinden. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und das Wärmeplanungsgesetz (WPG) liefern dafür Grundlagen und weisen Wärmenetzen eine Schlüsselrolle zu. Das aktualisierte Gutachten „Perspektive der Fernwärme“ der Prognos AG, beauftragt von AGFW e. V. und VKU e. V., zeigt einen Ausbau- und Dekarbonisierungspfad der Fernwärme in Deutschland bis 2045 auf. Daraus ergibt sich ein Investitions- und Förderbedarf bis zur gesetzlich geforderten Treibhausgasneutralität 2045, um die Kosten für Bürger und Kommunen in einem nachhaltigen Rahmen zu halten. KOPO 11/Seite 26f.

Neue Finanzierungsformen für die Energiewende

(Dr. Tobias Bringmann)

Klimawandel, Umweltschutz, geopolitische Autarkie oder Ukraine-Krieg – es gibt viele Gründe, weshalb wir unser Energiesystem schnellstmöglich modernisieren müssen. Leider gibt es auch viele Gründe, weshalb Projekte der Energiewende gefährdet sind. Der technologische Fortschritt macht viele Dinge möglich, denken wir an Flusswärmepumpen oder Photovoltaikfassaden. Technische Limits spielen daher eine immer geringere Rolle beim Ziel, unser Energiesystem umweltfreundlicher zu machen. KOPO 11/Seite 30f.

Reallabor der Energiewende

(Dr. Tobias Benz)

In Grenzach-Wyhlen, am südlichsten Punkt Baden-Württembergs in direkter Nähe zu Basel gelegen, wird seit 2018 mit einer Power-to-Gas-Anlage aus Strom des Rhein-Wasserkraftwerks grüner Wasserstoff gewonnen. Derzeit wird die Anlage, die ein vom Bund gefördertes Reallabor der Energiewende ist, auf eine elektrische Leistung von 5 Megawatt erweitert. KOPO 11/Seite 32f.

Wirtschaftsstandort stärken –Erneuerbare Energien ausbauen!

Die Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz NRW.Energy4Climate bietet Kommunen und Unternehmen vielfältige Unterstützung für eine zukunftsfähige Entwicklung. KOPO 12/Seite 19

EUROPA

Medizinische Tests für Führerschein-Inhaber

(Marion Walsmann)

Als erste Region weltweit strebt die EU flächendeckend die Einführung eines digitalen Führerscheins an. Was sich vernünftig anhört, treibt mitunter seltsame Blüten im Europaparlament. KOPO 01/Seite 24f.

NIS-2-Richtlinie: Was kommt auf die Kommunen zu?

(Sabine Verheyen)

Das Funktionieren des Kerngeschäfts von kritischen Sektoren wie Verkehr, Energie, Gesundheit und Finanzen hängt zunehmend von digitalen Technologien ab. Die Europäische Union steht vor der Herausforderung, ihre Mitgliedsstaaten und deren Gemeinden auf die zunehmenden Cyberbedrohungen vorzubereiten. KOPO 02/Seite 30f.

Critical Raw Material Act tritt in Kraft

(Marion Walsmann)

Jedes Gramm seltene Erden, das recycelt wird, ist ein Gramm weniger, das abgebaut oder importiert werden muss: Das Kritische-Rohstoffe-Gesetz soll die europäische Kreislaufwirtschaft vorantreiben. KOPO 03/Seite 20f.

Europa – ist und bleibt unsere Zukunft!

(Sabine Verheyen)

Die bevorstehenden Europawahlen am 9. Juni 2024 werfen ein Schlaglicht auf die aktuellen Herausforderungen der Staatengemeinschaft. Der anhaltende Konflikt in der Ukraine und der Aufstieg Chinas prägen das globale Kräfteverhältnis. Die digitale Transformation, Künstliche Intelligenz und der Kampf gegen den Klimawandel stehen im Zentrum der politischen Agenda. Doch auch auf lokaler Ebene, bei Kommunal- und Landtagswahlen, wird über die Zukunft Europas entschieden. Starke Kommunen sind das Rückgrat unserer Demokratie und spielen eine zentrale Rolle für ein starkes Europa. Die europäische Kohäsionspolitik und der Europäische Bildungsraum sind Schlüssel für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung. Gemeinsam müssen wir für ein starkes und geeintes Europa eintreten, das die Bedürfnisse seiner Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und sich den aktuellen Herausforderungen stellt.

KOPO 04/Seite 16ff.

Europa: Wir brauchen sichere Rahmenbedingungen

(Ingbert Liebing)

Am 9. Juni 2024 findet die Wahl zum 10. Europäischen Parlament statt – und könnte so manches durcheinanderwirbeln. Auch wenn ich es mir anders erhoffe, könnte es den Prognosen nach einen deutlichen Zuwachs euroskeptischer Parteien geben. Natürlich müssen wir Wahlergebnisse so respektieren, wie sie sind. Und als Verband damit rechnen, dass auch unsere Arbeit in Brüssel und Straßburg dadurch komplizierter wird.

KOPO 05/Seite 28f.

Nein zu Fahrverboten

(Marion Walsmann)

Dicke Luft in „Brüssel“: Die EU-Grenzwerte für Luftschadstoffe sollen extrem verschärft werden. In Kürze stimmt das EU-Parla-

ment über das Verhandlungsergebnis zwischen Parlament, Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission ab.

KOPO 05/Seite 30f.

Digitale Identität in Europa

(Sabine Verheyen)

Die Nutzung einer Vielzahl von öffentlichen Dienstleistungen, wie die Beantragung von Geburtsurkunden und ärztlichen Attesten, die Einreichung der Steuererklärung, die Bewerbung und Einschreibung an einer Hochschule im Inland oder europäischen Ausland; aber darüber hinaus auch private Dienstleistungen wie die Eröffnung eines Bankkontos oder der Altersnachweis bei online Geschäften - all das soll zukünftig mit der europäischen digitalen Identität (eID) sicherer, schneller und vor allem europaweit möglich sein.

KOPO 06/Seite 22f.

Wir müssen die illegale Migration eindämmen

(Marion Walsmann)

Bei den Europawahlen ist die Europäische Volkspartei wieder stärkste Kraft im Parlament geworden. Eine der Prioritäten für die kommenden fünf Jahre wird die Eindämmung der irregulären Migration sein, um Kommunen und Landkreise zu entlasten.

KOPO 07/Seite 38f.

So wird der Green Deal zur Chance für Kommunen

(Sabine Verheyen)

Der Green Deal bildete zweifellos den roten Faden im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission von 2019-2024. Das von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Dezember 2019 vorgestellte Programm zielt darauf ab, Europa bis 2050 als ersten klimaneutralen Kontinent zu etablieren. Der europäische Grüne Deal soll den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft ermöglichen, die bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr verursacht und ihr Wachstum von der Ressourcennutzung entkoppelt. Dieser Übergang soll fair und inklusiv gestaltet werden, um niemanden – weder Menschen noch Regionen – zu vernachlässigen.

KOPO 09/Seite 40f.

ELENA hilft bei Energieeffizienzvorhaben

(Marion Walsmann)

Die EU-Kommission stellt umfangreiche Förderprogramme für nachhaltige Energieprojekte von Städten und Kommunen zur Verfügung. Eines davon ist ELENA, eine gemeinsame Initiative von Kommission und Europäischer Investitionsbank (EIB).

KOPO 10/Seite 24f.

Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

(Sabine Verheyen)

Bereits im Rahmen der Europawahl deutete sich an, dass eine zweite Amtszeit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor allem auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union ausgerichtet sein würde.

KOPO 11/Seite 34ff.

Neue EU-Regelungen für kommunale Unternehmen

(Marion Walsmann)

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bietet kommunalen Unternehmen enormes Potenzial zur Effizienzsteigerung und

Verbesserung ihrer Dienstleistungen. Gleichzeitig stellt die rasant technologische Entwicklung Gesetzgeber und Betriebe vor große Herausforderungen.

KOPO 12/Seite 24f.

FINANZEN

Kommunen wollen Lösungen in 2024

(Markus Klaus)

Zu Beginn des Jahres schaut man im Privaten und in der Politik gern zurück – und notwendigerweise auch nach vorn. Schließlich hat die Politik den Auftrag, Probleme zu lösen und nicht nur zu beschreiben. Was wird das neue Jahr bringen? Welche Herausforderungen hält es bereit? Stehen wir am Ende besser oder schlechter da als am Anfang? Die Kommunalen Spitzenverbände bilden da keine Ausnahme.

KOPO 02/Seite 40f.

Alles andere als ein Sparhaushalt

(Christian Haase)

Am 2.2.2024 hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2024 abschließend beraten und verabschiedet. Vorausgegangen waren überaus berechtigte wochenlange Diskussionen, was sich Deutschland noch leisten kann. Dennoch: Von einem der Lage angemessenen Sparhaushalt kann keine Rede sein. Eine Kritik von Christian Haase.

KOPO 03/Seite 12f.

Stadtwerke zwischen Auftrag und Ausschüttung

(Lars Martin Klieve)

Die Energiewende mit ihren politischen Klimazielen auf allen öffentlichen Ebenen ist eine extrem kapitalintensive Aufgabe. Dieser enorme Investitionsbedarf fällt nicht nur zusammen mit wieder spürbaren Zinsen, sondern auch mit knapper werdenden öffentlichen Haushalten. Gleichwohl wird, neben staatlichen Förderprogrammen, die erste und naheliegendste Lösung in Finanzierungsbeiträgen der städtischen Gesellschafter für ihre Stadtwerke liegen – mit allen Konsequenzen für den steuerlichen Querverbund.

KOPO 04/Seite 19ff.

Frisches Geld zum Abbau des Investitionsstaus

(Andreas Feustel)

Banken und Sparkassen spielen eine unverzichtbare Rolle in der Volkswirtschaft, insbesondere bei der Unterstützung der kommunalen Wirtschaft und Bevölkerung. Doch multilaterale Krisen und regulatorische Einschränkungen haben ihre politische Einflussnahme stark beschnitten. Wie können angesichts des enormen Investitionsbedarfs in den Kommunen innovative Lösungen gefunden werden, um die Finanzierung zu sichern?

KOPO 04/Seite 22f.

Der Kampf gegen den Investitionsstau

(Iris Bethge-Krauß, Dominik Lamming)

Teile von Deutschlands Infrastruktur sind in einem alarmierenden Zustand. Von bröckelnden Brücken bis hin zu sanierungsbedürftigen Schulen und Kitas – der Investitionsstau ist offensichtlich. Doch wie können Kommunen mit angespannter Haushaltsla-

ge diese Herausforderungen bewältigen? Der Beitrag wirft einen Blick auf innovative Finanzierungsmöglichkeiten und Partnerschaftsmodelle, um die dringend benötigten Investitionen anzukurbeln und die Infrastruktur unseres Landes zu modernisieren. KOPO 04/Seite 24f.

Leasing: die unterschätzte Finanzierung für Kommunen (Dr. Claudia Conen)

Die Leasing-Wirtschaft kann die Kommunen dabei unterstützen, viele öffentliche Aufgaben zu bewältigen. Doch wird Leasing als Beschaffungs- und Finanzierungswerkzeug häufig von den Kommunen noch unterschätzt.

KOPO 04/Seite 26f.

Aus für Schwimmbäder durch Vorsteuerabzug (Frank Filmar, Christian Haase)

Das Bundeskabinett hat am 05.06. den Regierungsentwurf zum Jahressteuergesetz 2024 beschlossen. Die Gesetzesänderungen sollen zum 01.01.2025 in Kraft treten. Der Regierungsentwurf enthält einen Vorschlag zur Änderung des § 4 Nr. 22 Buchst. c UStG. Abgeleitet aus europäischen Vorgaben soll hier der Vereinssport umsatzsteuerbefreit werden. Nach dem aktuellen Wortlaut würde allerdings nicht nur der Vereinssport steuerbefreit werden, sondern sehr wahrscheinlich auch der Eintritt in kommunale Schwimmbäder ohne Gewinnstreben. Was das vor Ort bedeutet, erläutert Frank Filmar, Kämmerer in meinem Wahlkreis Beverungen.

KOPO 07/Seite 12f.

NRW-Landesregierung beschließt Altschuldenhilfe (Markus Klaus)

In einer Zeit wirtschaftlicher Herausforderungen und finanzieller Engpässe beschließt die CDU-geführte Landesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Entlastung der zum Teil hochverschuldeten Kommunen des Landes. Die Anfang Juni vorgestellten Eckpunkte zur Altschuldenhilfe markieren einen bedeutenden Schritt in Richtung einer langfristigen Stabilisierung der kommunalen Haushalte.

KOPO 07/Seite 46f.

Pro Klima: Reformen im Finanzausgleich (Markus Klaus)

Der Ausschuss für Heimat und Kommunales des Landtages NRW hat sich auf seiner Sitzung am 28. Juni dieses Jahres mit Fragen des kommunalen Finanzausgleiches in Nordrhein-Westfalen (KFA) beschäftigt. Das ist zunächst nicht ungewöhnlich, steht das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) doch regelmäßig im Zentrum der Beratung und mancher Kontroverse. Doch der übliche Blickwinkel der Abgeordneten wurde in diesem Fall verändert. Im Mittelpunkt der vorgestellten Studie des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln (FiFo Köln) in Zusammenarbeit mit Thomas Döring von der Hochschule Darmstadt standen Fragen des Klimaschutzes und welche Antworten der KFA hier geben kann.

KOPO 09/Seite 32f.

Förderprogramme: Geschenke mit Fallstricken (Dr. Astrid Mannes)

„Noch ein Zuschuss und wir sind pleite“. Solche und ähnliche Aussprüche sind wohl von etlichen Bürgermeistern überliefert und zeigen eine Problemlage in Hinblick auf die Förderprogramme für Kommunen auf: Förderprogramme wecken Begehrlichkeit

ten und viele kommunale Entscheidungsträger drängen in den Gremien auf die Realisierung von Projekten, nur weil sie durch Fördermittel preiswerter verwirklicht werden können.

KOPO 12/Seite 28f.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Die Kommunen sind kein Ausführungsorgan der EU (Petra Nicolaisen)

Am 16. Januar dieses Jahres wählten die Mitglieder der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Petra Nicolaisen zur neuen Vorsitzenden. Wir haben die Abgeordnete, die auch seit vielen Jahren im Bundesvorstand der KPV aktiv ist, zum Interview getroffen und mit ihr über ihre politische Agenda gesprochen.

KOPO 03/Seite 14ff.

Wir brauchen mehr kommunalen Sachverstand (Reinhard Sager, Dr. Achim Brötel, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke)

Nach mehr als zehn Jahren an der Spitze des Deutschen Landkreistages übergibt Reinhard Sager im September dieses Jahres den Staffelstab an Dr. Achim Brötel. Wir haben uns mit dem alten und neuen Präsidenten zum Interview getroffen. Auch mit am Tisch: DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke.

KOPO 07/Seite 14ff.

KOMMUNALWIRTSCHAFT

Rückblick und Ausblick (Ingbert Liebing)

Ein an Ereignissen reiches Jahr neigt sich dem Ende zu. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) wurde 75 Jahre alt. Inzwischen gehören dem Verband 1.572 Mitgliedsunternehmen an. Es sind ihre Interessen, die wir gegenüber der Politik vertreten. Nach dem vorzeitigen Ampel-Aus wird es auch in den kommenden Monaten und Jahren darum gehen, um sinnvolle Regelungen und Finanzinstrumente zu ringen und politisches Handeln entlang der volkswirtschaftlichen Effizienz einzufordern – für die Energie- und Wasserwirtschaft, sowie für die Abfall- und Telekommunikationswirtschaft.

KOPO 12/Seite 26f.

KPV

Grundsätzlich kommunal – CDU braucht klaren Kompass (Christian Haase)

Nach der verlorenen Bundestagswahl am 26. September 2021 hat sich die CDU Deutschlands eine Standortbestimmung verordnet. Vor rund zwei Jahren startete der Prozess zum neuen Grundsatzprogramm – dem vierten in der Geschichte der Partei. Seit Ende 2023 liegt ein 73 Seiten starker Entwurf vor, der auf dem Bundesparteitag im Mai dieses Jahres beschlossen werden soll. Als KPV haben wir den Prozess eng verfolgt und unsere Ideen und Vorschläge eingebracht. Denn wir sind überzeugt: Mit einer starken kommunalen DNA gewinnt die CDU auch wieder Wahlen.

KOPO 01/Seite 12ff.

Unser Pakt des Vertrauens

Am 15. und 16. November fand in der Bielefelder Stadthalle der Kongress *kommunal* mit der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) statt. Das Motto der diesjährigen Veranstaltung hätte nicht passender sein können: Solide Kommunal финанzen. Neben den Antragsberatungen und Diskussionen in sechs Foren wurde in diesem Jahr auch ein neuer Vorstand der KPV gewählt. Von den fünf in Bielefeld verabschiedeten Beschlüssen geben wir Ihnen hier den Beschluss „Unser Pakt des Vertrauens“ zur Kenntnis. Alle Beschlüsse finden Sie auch auf kpv.de.
KOPO 12/Seite 12ff.

LANDWIRTSCHAFT

An der Seite unserer Landwirte

(Christian Haase)

Mitte Januar demonstrierten die Bauern öffentlichkeitswirksam mit bundesweiten Aktionen. Auch Christian Haase war vor Ort dabei und zeigt viel Verständnis für die Anliegen der Landwirte.
KOPO 02/Seite 12f.

MOBILITÄT

Das Deutschland-Netz kommt

(Thomas Schönland)

Rund zwei Jahre nach dem Start der Ausschreibung des Bundes stehen die Bezuschlagten fest. In 900 regionalen Suchräumen und an 200 Autobahn-Rastplätzen werden in den nächsten Jahren rund 9.000 neue Schnellladepunkte für Elektroautos entstehen. Wer profitiert davon und wie weit ist der Ausbau tatsächlich schon vorangeschritten? NEMO Solutions schaut genauer hin.
KOPO 03/Seite 24f.

Städte brauchen Reform im Straßenverkehrsgesetz

(Markus Lewe)

Lebenswerte Städte für die Menschen – das ist immer das Ziel guter Kommunalpolitik. Um das zu erreichen, braucht die Kommunalpolitik aber auch genug Handlungsspielraum, man könnte auch sagen: die notwendige Befreiheit. Das gilt vor allem für die Verkehrspolitik. Ein erheblicher Teil des öffentlichen Raums in unseren Städten sind Verkehrsflächen. Wie wir den Verkehr dort steuern, welchen Verkehrsmix wir haben und wie wir unterschiedliche Mobilitätsansprüche miteinander in Einklang bringen – all das hat wesentlichen Einfluss darauf, wie die Menschen ihre Stadt wahrnehmen. Es hat Einfluss auf die Lebensqualität und das Miteinander in der Stadt.
KOPO 03/Seite 26f.

Verbrennerverbot ist der falsche Weg

(Dr. Peter Liese)

Das Fit for 55-Paket und das Klimagesetz setzen ehrgeizige Ziele für 2030 und 2050. Ein zentraler Punkt betrifft den Verkehrssektor, besonders LKW und Busse. Doch die vorgeschlagenen CO₂-Grenzwerte und das Verbot von Verbrennungsmotoren in Stadt-

bussen bis 2035 sind zu starr und lassen keinen Spielraum für andere Lösungen.

KOPO 03/Seite 28f.

Das können autonome Ridepooling-Dienste

(Christoph Ziegenmeyer)

Die Zukunft der Mobilität ist jetzt. Die rasanten Entwicklungen in der Technologie des autonomen Fahrens beschäftigen längst nicht mehr nur Automobilhersteller und Tech-Unternehmen. Auch Städte und Kommunen sehen in der Anwendung der Technologie große Chancen für die Beförderung von Menschen. Für die deutsche Industrie entstehen neue, innovative Geschäftsfelder, von denen nicht nur Wirtschaft und Politik profitieren. Durch die Umgestaltung wird mit vereinten Kräften nachhaltige Mobilität vorangetrieben, die Mensch, Umwelt und Klima zugutekommt.
KOPO 03/Seite 30f.

Tanken mit Frittenfett

(Dr. Lorenz Kiene)

Rund 14 Millionen Dieselfahrzeuge sind in Deutschland unterwegs. Insbesondere LKWs und andere schwere Nutzfahrzeuge lassen sich nicht kurzfristig vollständig auf E-Motoren umrüsten. Eine umweltfreundlichere Alternative zum klassischen Diesel für Bestandsfahrzeuge bietet HVO. Die Abkürzung steht für „Hydrotreated Vegetable Oils“, also „hydrierte Pflanzenöle“. Er wird hergestellt aus Pflanzenölen, pflanzlichen und tierischen Fetten oder wiederverwertbaren Abfallstoffen wie Speiseölen und Fettresten. Im Herbst hat das Bundeskabinett die Zulassung in Deutschland beschlossen. Doch es gibt auch massive Kritik an HVO. Die wichtigsten Punkte und ihre Entkräftung im Überblick.
KOPO 03/Seite 34ff.

Herausforderungen der Logistik

(Roland Rüdinger)

Inmitten der wirtschaftlichen Umwälzungen stehen Logistikunternehmen vor wachsenden Herausforderungen. Die steigende Nachfrage nach Lagerflächen führt zu Engpässen. Doch warum bleiben Logistiker oft ohne Flächen? Hinter den politischen Entscheidungen verbirgt sich ein Mangel an Verständnis für die Bedürfnisse der Branche.
KOPO 03/Seite 42

StVO-Reform: Kommunen mehr zutrauen

(Dr. André Berghegger)

Mit der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrs-Ordnung ergeben sich zusätzliche Möglichkeiten, um die Lebensqualität und Verkehrssicherheit in den Städten und Gemeinden zu erhöhen. Die Kommunen hätten sich durchaus weitergehende Handlungsspielräume erhofft, können mit der Reform aber nun endlich wichtige Maßnahmen wie zusätzliche Fußgängerüberwege oder Geschwindigkeitsreduzierungen in bestimmten Bereichen umsetzen. Bund und Länder sollten den Kommunen bei der Gestaltung des Verkehrsraums mehr zutrauen. Die Abwägung von Interessen und eine ausgewogene Verkehrspolitik vor Ort sind schließlich kommunale Kernkompetenz.
KOPO 10/Seite 30f.

Gekommen, um zu bleiben: Das Deutschlandticket

(Oliver Wittke)

Einfach, komfortabel, digital, attraktiv im Preis und vor allem deutschlandweit gültig: Das DeutschlandTicket ist die größte Er-

rungenschaft im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der letzten Jahrzehnte. All denjenigen, die das bundesweit gültige Nahverkehrsticket immer wieder infrage stellen, sei gesagt: Es wäre töricht, dieses wertvolle Instrument für den Umstieg auf Bus und Bahn wieder aus der Hand zu geben. Denn es ist ein wichtiger Baustein des ÖPNV und einer erfolgreichen Verkehrswende.
KOPO 10/Seite 32f.

Entsteht bald der größte Mobilitätsverbund Bayerns? (Christoph Göbel)

Entsteht zwischen München und Augsburg bald der größte Mobilitätsverbund Bayerns? MVV und AVV wollen fusionieren – Kunden und Mitarbeitende sollen vom vereinfachten System profitieren.
KOPO 10/Seite 34f.

Mobilität braucht kein Gesetz, sondern Taten (Steffen Jäger)

Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg hat im Koalitionsvertrag 2021 ein Bündel an Maßnahmen „für die Mobilität von morgen“ formuliert und eine Mobilitätsgarantie, einen Mobilitätspass, günstige Tickets und vieles Mehr versprochen. Vor der Sommerpause 2024 hat das Landeskabinet den Entwurf eines Landesmobilitätsgesetzes zur Anhörung freigegeben, Verbände und Organisationen waren aufgefordert, bis Anfang Oktober Stellung zu nehmen.
KOPO 10/Seite 36f.

RABus: Reallabor für den ÖPNV (Dr. Ulrike Weinrich, Jonas Kufky)

Im Rahmen des Projekts RABus („Reallabor für den Automatisierten Busbetrieb im ÖPNV in der Stadt und auf dem Land“) wird der Einsatz großer, vollautomatisierter Busse wissenschaftlich erforscht und auch real erprobt.
KOPO 10/Seite 38f.

AMEISE für den Nahverkehr (Vanessa Siegel)

Wie wird das autonome Fahren im ÖPNV ein Mobilitätsangebot für alle? Hierzu verfolgt das Forschungsprojekt AMEISE unter Federführung des Fraunhofer IAQ in den baden-württembergischen Gemeinden Ehningen und Waiblingen einen ganzheitlichen Ansatz. Ziel des AMEISE-Teams ist es, dass ein hochautomatisiert fahrender Bus das ÖPNV-Angebot sinnvoll ergänzt. Langfristig soll dadurch die Attraktivität für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel so gesteigert werden, dass es das Verkehrswendeziel unterstützt: eine Fahrgastverdopplung. Autonome Shuttles ermöglichen beispielsweise eine dichtere Taktung, wodurch Wartezeiten verkürzt und der ÖPNV allgemein ansprechender wird.
KOPO 10/Seite 40f.

Auf die Förderung kommt es an (Ralf Nettelstroth)

In Bielefeld, einer Stadt mit rund 340.000 Einwohnern, wird der ÖPNV im wesentlichen durch die moBiel GmbH erbracht, die als 100-prozentige Enkelin der Stadt sowie 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Bielefeld GmbH mit der Erbringung des ÖPNV betraut war und nunmehr durch einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) auch weiterhin bis zum 30.06.2046 beauftragt ist.

Der Mobilitätsanteil des ÖPNV in Bielefeld beläuft sich auf rund 14 Prozent bei ca. 60 Millionen Fahrgästen pro Jahr.
KOPO 10/Seite 42f.

Das BüLaMo zieht Bilanz – viel bewegt und viel gelernt (Dr. Linus Tepe, Mathias Raabe)

Ende Juni fand in der Gemeinde Senden (Kreis Coesfeld) der Abschluss-Laborbericht zum „Bürgerlabor Mobiles Münsterland“ (BüLaMo) statt. Die meisten Teilprojekte des Vorhabens wurden in Senden durchgeführt. Rund 120 Teilnehmende folgten der Einladung. Nach vier Jahren endet das BüLaMo am 31. August – Grund genug, für Kreisdirektor Dr. Linus Tepe und Mathias Raabe, Fachdienstleiter Mobilität und Kreisentwicklung, Kreis Coesfeld, Bilanz zu ziehen.
KOPO 10/Seite 44f.

Strategische Entscheidungen bringen Handlungsvorteile (Ingo Brohl, Christian Kleinenhammann)

Der Niederrhein Kreis Wesel, mit seinen rund 465.000 Einwohnern, positioniert sich in den letzten Jahren immer stärker als dynamisches Zentrum an der Schnittstelle zum Ruhrgebiet und Rheinland, den Niederlanden und dem westlichen Münsterland. Im Spannungsfeld zwischen stark ländlich und stark urban geprägten Bereichen mit Übergang in die Metropolregionen, ist daher die „Verkehrswende“ ein wichtiges Betätigungsfeld.
KOPO 10/Seite 46f.

NACHHALTIGKEIT

Kreislaufwirtschaft: Zirkulär statt linear (Markus Weismann, Daphna Ute Wildemann)

Die Bauwirtschaft spielt eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. In Deutschland ist sie für 60 Prozent des Abfallaufkommens, 40 Prozent der CO₂-Emissionen, 70 Prozent des Flächenverbrauchs und 50 Prozent des Rohstoffverbrauchs verantwortlich. Zirkuläres Bauen muss somit eines der zentralen Werkzeuge sein, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.
KOPO 05/Seite 26f.

Progressive Provinz: Stadt, Land, Zukunft (Dr. Daniel Dettling)

„Das 19. Jahrhundert war das Zeitalter der Weltreiche, das 20. Jahrhundert das Zeitalter der Nationalstaaten, und das 21. Jahrhundert wird das Zeitalter der Städte sein.“ (Wellington Webb, früherer Bürgermeister der Stadt Denver)
KOPO 05/Seite 32f.

Echte Nachhaltigkeit gelingt nur mit starken Kommunen (Petra Nicolaisen)

Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die kommunalpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und CSU haben sich am 20./21. Juni 2024 im Rheinisch Bergischen Kreis zur Klausur- und Sprechertagung getroffen. Im Mittelpunkt unseres zweitägigen Treffens standen aktuelle Herausforderungen der Kreislaufwirtschaft sowie der kommunalen Energie- und Mobilitätstransformation. Auf dem Programm standen neben dem Austausch mit der nordrhein-westfälischen Kommunalministerin Ina Scharren-

bach sowie mit dem Landrat des Rheinisch Bergischen Kreises, Stephan Santelmann, ein Informationsbesuch des Projektstandortes :metabolon am Entsorgungszentrum Leppe sowie der Austausch mit Vertretern der RheinEnergie AG, der Regionalverkehr Köln GmbH und des VKU.

KOPO 09/Seite 16ff.

Leitfaden: Bauen mit Holz

(Lino Schüpfer, André Weidemann)

Wie können Klima-, Natur- und Umweltschutz bei der Planung und Umsetzung von Bauprojekten mitgedacht werden? Denn für den Bau und beim Betrieb von Gebäuden fallen knapp 40 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland an. Wie können öffentliche Bauherren daran mitwirken, Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral zu machen? Der Bau von Gebäuden in Holz- oder Holzhybridbauweise ist solch eine Möglichkeit.

KOPO 09/Seite 20f.

Klimaanpassung kostet Kommunen Milliarden

(Dr. André Berghegger)

Die Kommunen stehen bei der Klimaanpassung vor enormen Herausforderungen. Extreme Wetterereignisse und steigende Temperaturen zwingen Städte und Gemeinden, Maßnahmen wie Hochwasserschutz, Flächenentsiegelung und Gebäudesanierungen zu ergreifen. Doch vielerorts fehlen die finanziellen Mittel und personellen Ressourcen, um diese Aufgaben in ausreichendem Maße zu bewältigen. Mit einem Investitionsbedarf von mindestens acht Milliarden Euro jährlich ist die Belastung für die Kommunen gewaltig. Ohne eine dauerhafte finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder können die erforderlichen Maßnahmen nicht umgesetzt werden.

KOPO 09/Seite 26f.

Landwirtschaft: It's the economy, stupid!

(Joachim Rukwied)

Zwar stehen im Moment keine Traktoren vor dem Brandenburger Tor, einverstanden mit den politischen Rahmenbedingungen sind die Landwirte aber weiterhin nicht. Ganz oben auf der Liste: Der Green Deal der EU. Aber auch auf nationaler Ebene gefährden Gesetze wie das Tierschutzgesetz die Wirtschaftlichkeit vieler Höfe.

KOPO 09/Seite 42f.

Nachhaltigkeit braucht starke Kommunen

(Oliver Haubner)

Viele Kommunen haben in den letzten Jahren beachtliche Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda 2030 unternommen und leisten damit einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Voraussetzung dafür: adäquate Rahmenbedingungen.

KOPO 10/Seite 28f.

ÖPNV

Stendal setzt Signale für Deutschland-Ticket auf rot

(Markus Klaus)

Wenn vom Deutschland-Ticket die Rede ist, schwärmen politische Verantwortliche gerne: Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) sieht in dem Angebot einen echten „Gamechanger“. Für

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) war schon der Vorläufer, das befristete 9-Euro-Ticket im Sommer 2022, „eine der besten Ideen, die wir je hatten“. Und der Verband der Verkehrsunternehmen (VDV) freut sich über eine „zukunftsweisende Tarifrevolution“. Die scheint allerdings gefährdet zu sein.

KOPO 01/Seite 36f.

Wo steht der Kreis Esslingen beim ÖPNV?

(Petra Schulz)

Ein besseres Angebot und damit ein Ausbau des ÖPNV findet in der Bevölkerung sehr breite Zustimmung. Das gibt dem baden-württembergischen Verkehrsministerium viel Rückhalt für dessen ÖPNV-Strategie 2030. Dabei sollen im Rahmen des Landeskonzepts Mobilität und Klima bis 2030 die Kapazitäten und die Fahrgastzahlen im ÖPNV verdoppelt werden. Damit verfolgt Verkehrsminister Winfrid Hermann eine bundesweit beispielgebende Strategie. Die sogenannte Mobilitätsgarantie soll und kann hier ein attraktives und verlässliches Angebot schaffen. Die Schweiz macht es vor.

KOPO 03/Seite 32f.

Deutschlandtakt: Eine Chance für Kommunen

(Marian Zachow)

Die Debatte um den ÖPNV kreist zu oft um die bekannten Themen: Schneller, öfter, billiger. Doch diese Kalkulation stößt an Grenzen, da Ressourcen wie Infrastruktur und Personal begrenzt sind. Dieser Artikel wirft einen Blick auf den vernachlässigten, aber umso vielversprechenderen Ansatz des Deutschlandtakts. Er zeigt, wie dieser nicht nur Effizienz und Qualität steigern kann, sondern auch eine Antwort auf die wachsende Ressourcenknappheit darstellt. Von kommunaler Planung bis zur Digitalisierung – sieben Gedanken, wie der Deutschlandtakt zur Chance für den ÖPNV und darüber hinaus werden kann.

KOPO 03/Seite 37ff.

RECHT

Extremisten politisch bekämpfen

(Prof. Dr. Hans-Günter Henneke)

Gerade im Vorfeld der Kommunalwahlen in acht Bundesländern wirft der Umgang mit extremistischen Parteien und Fraktionen auch im kommunalen Bereich Fragen auf, die besonnen und differenziert beantwortet werden müssen, aber in einer bundesweit aufgeregten Debatte immer wieder instrumentalisiert und „über einen Leisten geschlagen“ werden. Dabei ist zu bedenken, dass politische Unzufriedenheit im Lande keinesfalls mit Extremismus gleichzusetzen ist. Die zunehmende Zahl der Protestwähler ist daher durch eine bessere, akzeptanzfördernde, die Wähler mitnehmende Politik in Bund und Ländern zurückzugewinnen und nicht durch Polarisierung seitens der Demokraten auszugrenzen. Das würde Ursache und Reaktion auf den Kopf stellen!

KOPO 05/Seite 18ff.

Beschaffung von Netto-Null-Technologien

(Dr. Desiree Jung)

Im Rahmen der kommunalen Beschaffung wird das Thema Nachhaltigkeit weiterhin recht stiefmütterlich behandelt. Der Fokus von Ausschreibungen liegt oftmals auf der Beauftragung des preislich günstigsten Angebotes. Mit der seit dem 29. Juni 2024 in

Kraft getretenen Netto-Null-Industrie-Verordnung ziehen Nachhaltigkeit und Resilienz verpflichtend in die kommunale Beschaffung oberhalb der Schwellenwerte ein.

KOPO 09/Seite 25

Reform des Vergaberechts

(Dr. Desiree Jung)

Ende September wurde der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz in die Ressortabstimmung gegeben. Dieser zielt darauf ab, das Vergaberecht umfassend zu reformieren, um den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Das Vergaberecht, das den Rahmen für den öffentlichen Einkauf setzt, soll vereinfacht und modernisiert werden, um Bürokratie abzubauen und die Verfahren zu beschleunigen.

KOPO 11/Seite 15

Karlsruher Urteil hat Auswirkungen auf Kommunen

(Prof. Dr. Hans-Günter Henneke)

Im Juni 2024 hat nach den Kommunalwahlen in Ostdeutschland eine weitgehend blau eingefärbte Karte für Aufsehen gesorgt, die die stärksten Parteien in den 58 Landkreisen farblich markiert hat (Abb. 1). 41-mal war die Farbe blau, 16-mal schwarz und ein Landkreis stand für freie Wähler. Ich habe diese Karte sogleich bewertet (Der Landkreis 2024, 311) und ihr eine Karte mit den Einfärbungen für die Parteizugehörigkeit der Landräte gegenübergestellt (Abb. 2). Diese Karte weist 29-mal, also genau zur Hälfte, die Farbe schwarz aus, 16-mal rot, 9-mal grau für parteilos. Außerdem gibt es zwei freie Wähler und je einen Vertreter der Linken und der AfD.

KOPO 11/Seite 18ff.

Konzessionsverträge: Wer ist wofür zuständig?

(Gregor Bender; Maurice Hachenei)

Für die Verlängerung von Konzessionsverträgen ist grundsätzlich die kommunale Gebietskörperschaft zuständig, in deren Gebiet das Versorgungsnetz liegt. Dies betrifft Städte, Gemeinden oder Kreise, die über die Konzession für die Versorgung von Strom, Gas, Wasser oder Fernwärme entscheiden. Die Konzessionsverträge regeln das Recht eines Versorgungsunternehmens, öffentliche Wege für den Betrieb der Netze zu nutzen.

KOPO 11/Seite 40ff.

SICHERHEIT

Troisdorf und die Rüstungsindustrie

(Julia Zupancic)

Das beschauliche Troisdorf schrieb bundesweite Schlagzeilen. Bundes- und Kommunalpolitik verfolgen unterschiedliche Ziele: Die einen mahnen Flächen für die Rüstungsindustrie an, damit Deutschland seiner geopolitischen Verantwortung gerecht werden kann, die anderen pochen auf ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung.

KOPO 02/Seite 16ff.

Mit KI Cyberkriminalität trotzen

(Michaela Conrad)

Überproportional häufig werden neben kleinen und mittleren Unternehmen Kommunen und ihre Unternehmen Opfer von Cyber-

kriminalität. Zwischen Juni 2022 und Juni 2023 waren monatlich zwei Kommunalverwaltungen oder kommunale Betriebe wie Nahverkehrsbetriebe, städtische Energieversorger oder Wohnungsbaugesellschaften betroffen. Das geht hervor aus dem im November veröffentlichten Jahresbericht „Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2023“ des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Der Gefahr einen Riegel vorgeschoben hat die Stadt Villingen-Schwenningen im Schwarzwald – und zwar mit Künstlicher Intelligenz (KI).

KOPO 02/Seite 22f.

Kommunale Cybersicherheit am Beispiel des Ländles

(Dr. Matthias Miller)

Laut dem Branchenverband bitkom belief sich die Schadenssumme durch Cyberangriffe auf Unternehmen im Jahr 2021 auf rund 203 Milliarden Euro. Täglich werden rund 250.000 neue Schadsoftware-Programme entwickelt. Neben Unternehmen ist auch die öffentliche Verwaltung von Cyberangriffen betroffen. Allein in Baden-Württemberg kam es 2023 mehrmals zu weitreichenden Angriffen auf Kommunen und öffentliche Einrichtungen – Tendenz steigend. Vor diesem Hintergrund lohnt ein Blick auf die Frage, wie sich Kommunen vor Cyberangriffen schützen können und welche Handlungsoptionen im Ernstfall bestehen. Dabei wird vor allem die Situation von Kommunen in Baden-Württemberg betrachtet.

KOPO 02/Seite 24ff.

Cyberresilienz der öffentlichen Verwaltung

(Dr. Uda Bastians)

Hacker attackieren immer häufiger erfolgreich Kommunen. Es kann tatsächlich jeden treffen. Die Angriffsziele und Einfallstore werden immer vielfältiger und teilweise auch lohnender aus Sicht der Täter. Und durch weltweit neue Konflikte sind neue Bedrohungen zu befürchten, die sich auch gezielt gegen die öffentliche Verwaltung und unser demokratisches Gemeinwesen richten.

KOPO 02/Seite 27ff.

Für Kommunen: Die Cybersicherheitsagentur

(Stefan Krebs)

In Baden-Württemberg vergeht kaum ein Tag, an dem öffentliche Einrichtungen nicht von Cyberkriminellen angegriffen werden. Eine solche Attacke kann jede Einrichtung treffen – auch Kommunen. Für Cyber-Kriminelle sind sie ein interessantes Angriffsziel: Aufgrund der wichtigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort dürfen sie nicht lange ausfallen. Der öffentliche Druck ist im Falle eines Angriffs groß, die Folgen können fatal sein, denn oft geht dann erstmal nichts mehr: Die Verwaltung ist telefonisch nicht mehr zu erreichen, an E-Mail-Kommunikation ist nicht zu denken, fehlender Zugriff auf Unterlagen und Akten macht die Arbeit nahezu unmöglich und wenn das Schließsystem des Rathauses ebenfalls im Netz hängt, geht nicht einmal mehr die Tür auf.

KOPO 02/Seite 32f.

Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger

(Christian Haase)

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat Ende Januar den offiziellen Start der bundesweiten Ansprechstelle für kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger verkündet. In Berlin übergab sie dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK)

den Förderbescheid bis zu einem Höchstbetrag von einer Million Euro. Die Ansprechstelle soll bedrohte und angefeindete kommunale Amts- und Mandatsträger beraten und dazu beitragen, die Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung zu verbessern. Die Ansprechstelle geht zurück auf Empfehlungen der Allianz zum Schutz kommunaler Mandatsträger, der auch die KPV angehört.

KOPO 04/Seite 12ff.

Digitalfunk BOS: Ist der Lebensretter in Gefahr?

(Petra Nicolaisen)

In einer Welt, in der jede Sekunde zählt und das schnelle Handeln von Rettungskräften über Leben und Tod entscheidet, spielt der Digitalfunk BOS eine entscheidende Rolle. Doch während die Bedeutung für die nationale Sicherheit unter Experten und Praktikern unbestritten ist, fehlt es an finanziellen Mitteln für die dringend benötigte Modernisierung. Ein Blick auf die Geschichte, die aktuelle Situation und die dringenden Handlungsbedarfe des Digitalfunks BOS.

KOPO 05/Seite 22ff.

IT-Sicherheit in den Kommunen in NRW

(Michael Esken, Alexander Ehrbar)

Seit 2008 führt die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW) regelmäßig IT-Prüfungen im Rahmen der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften durch. Dabei steht die IT-Sicherheit im Fokus, basierend auf dem Grundschutzkatalog des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Durch die kontinuierliche Prüfung konnte die gpaNRW die Entwicklung der IT-Sicherheit in der kommunalen Verwaltung umfassend nachzeichnen und dabei sowohl technische als auch organisatorische Aspekte bewerten. Ein klarer Trend zeigt, dass größere Kommunen tendenziell besser abschneiden, dennoch gibt es Handlungsbedarf, insbesondere bei der Notfallvorsorge.

KOPO 06/Seite 32f.

VERWALTUNG

(Tobias Krull)

Das Thema Bürokratieabbau findet sich faktisch in jedem Wahlprogramm, egal ob im Bund, in den Ländern, aber auch auf der kommunalen Ebene. Auch in den Koalitionsverträgen auf den unterschiedlichen Ebenen findet sich dieses Stichwort dann faktisch immer wieder. Die Einigkeit, dieses Ziel zu erreichen, besteht über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. Aber wie sieht denn die faktische Realität aus?

KOPO 01/Seite 41

WAHLEN

Freistaat Sachsen – was nun?

(Lutz Barthel)

Ein paar Wochen ist sie nun her, die Landtagswahl. Am 1. September wurden die Abgeordneten des 8. Sächsischen Landtages gewählt. Ganz Deutschland schaute genau hin, was im Freistaat Sachsen passiert.

KOPO 10/Seite 20f.

Von der Kommunalpolitik lernen

(Hermann Binkert)

Es wird viel über die Stabilität der Demokratie in Deutschland gesprochen. Und tatsächlich haben 59 Prozent der Deutschen große Angst vor der Instabilität der Demokratie in Deutschland (INSA-Meinungstrend vom 17. Juni 2024).

KOPO 11/Seite 16f

KI in der politischen Kommunikation

(Markus Klaus)

In einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft wird der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) auch in der politischen Kommunikation und im Wahlkampf immer relevanter. Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten können von dieser Technologie profitieren, sei es durch präzisere Wähleransprache, effiziente Kampagnenorganisation oder die Analyse öffentlicher Stimmungen.

KOPO 12/Seite 40ff.

WÄRMEWENDE

Finanzierung der Wärmeplanung

(Dr. Tanja Utescher-Dabitz, Andreas Klingemann, Martin Müller)

Die Energiewende verlangt enorme Investitionen. Wie soll das finanziert werden? Vor diesem Hintergrund hat der BDEW gemeinsam mit dem VKU und der Unternehmensberatung Deloitte mit Unterstützung der Deutschen Kreditwirtschaft das Strategiepapier „Kapital für die Energiewende“ veröffentlicht, in der umfassende Weiterentwicklungen des Kapitalmarktes angeregt und Vereinfachungen des Investitionsrahmens und Abbaumöglichkeiten von Investitionshemmnissen in die Energiewende vorgeschlagen werden.

KOPO 04/Seite 28f.

Wärmewende: Die Lösung liegt vor Ort

(Ingbert Liebing)

Dass es bald überall kommunale Wärmepläne geben wird, ist richtig. Denn die Ausgangsbedingungen für die Wärmewende sind von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich. Deshalb haben wir uns für Technologieoffenheit eingesetzt: Damit sowohl Wärmepumpen, Fernwärme als auch klimaneutrale Gase wie Wasserstoff erlaubt sind.

KOPO 04/Seite 30f.

Klarheit und Tempo entscheidend

(Aygül Özkan)

Während Kommunen für die Wärmeplanung bis Mitte 2026 oder Mitte 2028 – je nach Größe – Zeit haben, würde die Immobilienwirtschaft lieber sofort Bescheid wissen: Welche Gebäude werden zukünftig zentral und welche dezentral mit grüner Wärme versorgt.

KOPO 04/Seite 32f.

Geht die Wärmewende in 2024 los?

(Dr. Arnt Baer)

Das im letzten Jahr novellierte und äußerst umstrittene Gebäudeenergiegesetz leitet wohl den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen ein. Das Gesetz hat die vorherige Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz abgelöst

und bildet eine umfassende Regelung für energetische Anforderungen an Gebäude sowie Heizungsanlagen.

KOPO 04/Seite 34f.

Die Wärmewende in Freiburg

(Magdalena Magosch, Dr. Klaus von Zahn)

Die Transformation der Wärmeversorgung – die in Freiburg noch zu über 90 Prozent auf fossilen Energien basiert – ist essenziell für die Erreichung der gesetzten städtischen Klimaschutzziele.

Um die tatsächliche Ausgestaltung dieser Wärmewende wird seit Monaten in der Bundespolitik wie in der Öffentlichkeit gerungen. Ein wichtiger Baustein ist dabei die kommunale Wärmeplanung, die der Freiburger Gemeinderat mit dem „Masterplan Wärme Freiburg 2030“ bereits 2021 als Pilotkommune innerhalb Baden-Württembergs und deutschlandweite Vorreiterin verabschiedet hat.

KOPO 04/Seite 38ff.

KWP: Zwischen Vorschrift und Vision

(Martin Günther)

Auf die Qualität kommt es an: Viele Kommunen haben bereits eine kommunale Wärmeplanung erstellt. Aber nicht immer stimmt die Qualität. Diverse Dienstleister bieten ihre Unterstützung an. Aber wie die Spreu vom Weizen trennen?

KOPO 04/Seite 42f.

Wärmewende in der Umwelt-Hauptstadt

(Prof. Dr. Eckart Würzner)

Umwelt- und Klimaschutz haben in Heidelberg eine lange Tradition. Bereits 1992 verabschiedete Heidelberg als erste deutsche Großstadt ein kommunales Klimaschutzkonzept. Seither haben wir uns mit unseren vielen Netzwerk-Partnern einen Ruf als Umwelt-Hauptstadt erarbeitet. Angesichts großer Herausforderungen durch den Klimawandel können wir uns darauf nicht ausruhen. Deshalb haben wir uns für die kommenden Jahrzehnte ehrgeizige Ziele gesetzt.

KOPO 11/Seite 28f.

WASSERWIRTSCHAFT

Trinkwasserversorgung braucht Netzausbau

(Dr. Arnt Baer)

Die durch den Klimawandel verursachten Trockenphasen haben negative Konsequenzen für die Wasserversorgung in Deutschland. In Kombination mit dem Bevölkerungswachstum und der Zuwanderung können sich Engpässe ergeben, besonders zu Spitzenlastzeiten, wenn viele Menschen gleichzeitig Wasser benötigen. Neben der Frage staatlicher Förderung scheint aber ein gezielter Netzausbau nur mit einem anderen Rechtsrahmen realistisch.

KOPO 11/Seite 22f.

WISSEN WAS RECHT IST!

Januar: Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit

Februar: Zur Rechtmäßigkeit von Autobahn- und Straßenblockaden

März: Zum Umgang mit Abgeordneten und Mandatsträgern der AfD in der parlamentarischen und kommunalen Praxis

April: Zum Verbot der unbefugten Verwertung von Informationen durch Ratsmitglieder

Mai: Amtliche Neutralitätspflicht im Umgang mit der AfD

Juni: Zum Fraktionsausschluss aus kommunalen Vertretungen

Juli: Zur verfassungskonformen Auslegung der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat eines Gemeinderatsmitgliedes

September: Zulässige Fraktionsgrößen im Gemeinderat und Kreistag

Oktober: Zur Problematik der Zurückweisung von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsregionen

November: Grundsteuerreform vor dem Abschluss – Zurückhaltung bei der Einführung der Grundsteuer C

Dezember: Zum (Weiter-) Betrieb und zur Auflösung öffentlicher Einrichtungen

AUS DEN LÄNDERN: HESSEN

Eine für Alle

(Manfred Pentz)

Wir haben ein neues Kapitel für unser Land aufgeschlagen und den Koalitionsvertrag der ersten christlich-sozialen Koalition von CDU und SPD in Hessen unterzeichnet. Dabei verbinden wir mit unserem Hessenvertrag und unserer Koalition einen klaren Anspruch: EINE FÜR ALLE.

KOPO 01/Seite 42

Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung in Eschwege

(Alexander Heppe, Stefan Schneider)

Die Kreisstadt Eschwege hat als erste Kommune in Hessen beschlossen, eine umfassende Wärmeplanung zu erarbeiten. Dieser bedeutende Schritt wurde auf Initiative der Koalition aus CDU, FDP und Freien Wählern realisiert. Durch diesen Beschluss hat Eschwege einen wichtigen Grundstein für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Energiepolitik gelegt.

KOPO 01/Seite 43

Kommunen im Fokus

(Stephan Paule)

Das Koalitionspapier der CDU-SPD-Koalition in Hessen macht die kommunale Ebene zur tragenden Säule. Eine Bewertung von Stephan Paule.

KOPO 01/Seite 44ff.

Kommunale Spitzenkräfte in der Landesregierung

(Thorsten Weber)

Mit der ersten Kreisbeigeordneten des Landkreises Bergstraße, Diana Stolz, als Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege, und dem ehemaligen Bürgermeister und Kammerer der Stadt Frankfurt am Main, Uwe Becker, zum Staatssekretär

im Finanzministerium, hat Ministerpräsident Boris Rhein zwei hervorragende Experten aus der kommunalen Familie in sein Kabinett berufen.

KOPO 02/Seite 42f.

24/7 Einkaufen vor Ort

(Sebastian Bubenzer, Ines Claus)

Mit dem Konzept der „teo“ Märkte, rund um die Uhr ohne Personal einkaufen zu können, verstößt die Kette Tegut gegen das Ladenöffnungsgesetz. So urteilte jedenfalls der Hessische Verwaltungsgerichtshof Anfang Januar. Diese Entscheidung stößt nicht nur bei vielen Kunden, sondern auch bei einigen hessischen CDU-Bürgermeistern auf wenig Verständnis.

KOPO 02/Seite 44

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

(Sebastian Bubenzer)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Fokus vieler Kommunen, so auch in Alsbach-Hähnlein. Eine gut aufgestellte Krippen- und Kita-Landschaft spielt dafür eine entscheidende Rolle. Die Gemeinde verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der von der räumlichen Bereitstellung von Betreuungsplätzen bis hin zur Qualifizierung von Fachpersonal reicht. Zur Wahrheit gehört auch, dass diese Maßnahmen Zeit, Engagement und finanzielle Mittel erfordern.

KOPO 04/Seite 44f.

Rücksichtnahme der Kommunalaufsicht

(Thorsten Weber)

Die Hessische Landesregierung unterstützt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen in vielerlei Hinsicht. Im Zusammenspiel mit Finanzmitteln von außen, durch die Aufsicht angeleiteter Ausgabendisziplin und Ausschöpfung eigener Einnahmepotentiale sowie Sonderhilfen für besonders hoch verschuldete Kommunen stehen die Landkreise, Städte und Gemeinden auch nach herausfordernden Jahren mit multiplen Krisen auf einem soliden finanziellen Fundament.

KOPO 04/Seite 46

Zirkuläres Bauen im Kreis Bergstraße

(Corinna Simeth, Christian Engelhardt)

In einer Zeit, in der die Schonung unserer natürlichen Ressourcen und der Schutz unserer Umwelt von immer größerer Bedeutung sind, rückt das Konzept des zirkulären Bauens in den Fokus. Doch was genau versteht man unter diesem Begriff und warum ist er so wichtig?

KOPO 05/Seite 36f.

Aus SWIM wird SWIMplus

(Thorsten Weber)

Die Hessische Landesregierung stellt für 2024 mehr als 68 Millionen Euro für die Sportförderung bereit. Insgesamt investiert Hessen in diesem Jahr hiervon mehr als 22 Millionen Euro in den reinen Sportstättenbau und in die Sportstättenanierung. Elf Millionen Euro fließen in das Programm SWIMplus zur Attraktivitätssteigerung der hessischen Schwimmbäder.

KOPO 05/Seite 38

Schülerbeförderung online beantragen

(Lutz Köhler)

Schülerinnen und Schüler, deren Wohnsitz im Landkreis Darmstadt-Dieburg liegt, haben einen Anspruch auf Übernahme der

Schülerbeförderungskosten, wenn der Schulweg an die nächstgelegene Schule des gewählten Bildungsgangs weiter als zwei - in der Grundschule - oder drei Kilometer - Mittelstufe bis Klasse 10 - entfernt ist. Entsprechende Anträge mussten von den Eltern bisher in Papierform gestellt werden und wurden analog bearbeitet. Seit 2022 erfolgt dieser Prozess bei uns digital - von der Antragstellung bis zur Sachbearbeitung.

KOPO 06/Seite 43

Ich mach Dir den Prozess

(Christian Engelhardt, Dr. Johannes Bunsch)

Die Automatisierung von Verwaltungsprozessen gilt als Schlüssel zu effizienteren und zukunftsfähigen Behörden. Am Beispiel des Kreises Bergstraße zeigt sich, wie technologische Innovationen wie Robotic Process Automation (RPA) und Künstliche Intelligenz (KI) nicht nur Arbeitsabläufe optimieren, sondern auch dringend benötigte Entlastung in Zeiten von Fachkräftemangel und knappen Budgets bringen können. Mit dem Projekt „ERPEA“ wird demonstriert, wie die intelligente Automatisierung in der öffentlichen Verwaltung nicht nur machbar, sondern auch gewinnbringend umgesetzt werden kann. Doch der Weg dorthin ist mit Herausforderungen gespickt und erfordert ein Umdenken und eine Modernisierung veralteter Prozesse und Strukturen.

KOPO 06/Seite 44ff.

Starke kommunale Mannschaft

(Thorsten Weber)

Bei den Wahlen zum Landesvorstand der CDU Hessen am 22. Juni in Wetzlar waren die kommunalen Vertreter sehr erfolgreich. Als kommunale Familie der CDU Hessen sind uns die Anliegen der Städte und Gemeinden besonders wichtig. Wer sollte dieses Ansinnen besser vertreten können, als die Landesvorstandsmitglieder der KPV und die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten, die sich im Landesvorstand der CDU Hessen engagieren.

KOPO 07/Seite 48ff.

Informationssicherheit im Kreis Groß-Gerau

(Thorsten Weber)

Zwölf kreisangehörige Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich zusammengeschlossen, um künftig auf dem Feld der Informationssicherheit dauerhaft miteinander zu kooperieren. Beteiligt an diesem Verbund sind die Städte und Gemeinden Biebesheim am Rhein, Bischofsheim, Büttelborn, Gernsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Groß-Gerau, Mörfelden-Walldorf, Nauheim, Raunheim, Riedstadt, Rüsselsheim und Stockstadt am Rhein sowie der Kreis Groß-Gerau, in dessen Verwaltung im Herbst eine interkommunale Informationssicherheitsstelle eingerichtet wird. In der jüngsten Bürgermeisterdienstversammlung erfolgte die Unterzeichnung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

KOPO 09/Seite 44f.

Digitale Waldbrandkarten für Feuerwehren

(Prof. Dr. Poseck, Ingmar Jung)

Allein im vergangenen Jahr wurden in Hessen mehr als 52 Waldbrände registriert, die rund 20,5 Hektar abgebrannte Fläche verursachten. Das Hessische Innenministerium sowie das Landwirtschaftsministerium haben bereits im vergangenen Sommer eine

Lizenz zur Nutzung von navigationsfähigen Waldwegdaten der NavLog GmbH abgeschlossen, welche nun um waldbrandrelevante Daten aus hessischen Wäldern ergänzt werden können. Zu diesem Zweck haben unter anderem der Landesbetrieb Hessen-Forst (LBHF), kommunale und private Waldbesitzer, die eine Lizenz kostenfrei beantragen können und im Gegenzug ihre Daten einpflegen, sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Zugang zum NavLog-System.

KOPO 09/Seite 46

Schulübergabe in Komolo – Tansania

(Jutta Nothacker)

Wo liegt eigentlich Komolo? Das Dorf in der Savannenlandschaft in der Nähe des Tarangire Nationalparks, im District Simanjiro, in der Region Manyara in Tansania hat nun eine erste Grundschule bekommen.

KOPO 11/Seite 43f.

Alle reden von Innenentwicklung. Wir tun was!

(Marian Zachow)

Die Denkmalagentur Marburg-Biedenkopf setzt aufsuchende Arbeit gegen Leerstand – und wurde mit dem 2. Platz beim Hessischen Demographiepreis ausgezeichnet.

KOPO 11/Seite 45f.

AUS DEN LÄNDERN: NRW

Kommunalverfassung in NRW: Reformüberlegungen

(Peter Könen)

Die Abschaffung der kommunalen Doppelspitze in Nordrhein-Westfalen zwischen 1994 und 1999, zugunsten des monistischen Modells, war ein Fehler mit weitreichenden Konsequenzen. Das monistische Modell, bei dem der Bürgermeister als Vorsitzender des Rates, Repräsentant der Gemeinde und Chef der Verwaltung agiert, führte zu einer problematischen Vermischung von Zuständigkeiten. Wie ein neuer Dreiklang von Bürgerschaft, Rat und Verwaltung aussehen könnte.

KOPO 01/Seite 38ff.

Stärkung des kommunalen Ehrenamtes

(Markus Klaus)

In Nordrhein-Westfalen haben die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitte Januar einen Antrag in den Landtag eingebracht, der eine Modernisierung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt zum Ziel hat. Die beiden regierungstragenden Fraktionen greifen bei ihrer Initiative unter anderem auf Empfehlungen einer Enquetekommission aus der letzten Legislaturperiode zurück – ebenso auf Beschlüsse des letzten CDU-Landesparteitages in Hürth.

KOPO 02/Seite 19ff.

Kommunalpolitik im Wandel

(Julia Zupancic)

In unserer heutigen Gesellschaft sind das Interesse und die Bereitschaft zur politischen Partizipation von entscheidender Bedeutung für das Funktionieren unserer Demokratie. Besonders auf kommunaler Ebene, wo politische Entscheidungen direkte Auswirkungen auf das tägliche Leben der

Bürgerinnen und Bürger haben, ist aktive Beteiligung wichtig und trägt zu einer funktionierenden Kommunalen Selbstverwaltung bei.

KOPO 03/Seite 43ff.

Wie wehrhaft ist unsere Demokratie?

(Markus Klaus, Gregor Bender)

Die Parteien in NRW stehen mit Blick auf die Kommunalwahlen 2025 vor großen Herausforderungen. Die Gewinnung neuer Kandidatinnen und Kandidaten gestaltet sich nach Aussagen verantwortlicher Parteifunktionäre derzeit oftmals schwierig. Die Gründe für die wahrnehmbare Zurückhaltung – auch erneuter – Kandidaturen für das Haupt- sowie das Ehrenamt sind vielfältig. Neben dem Alter spielen unter anderem fehlende zeitliche Ressourcen eine bedeutende Rolle. Auch die Rahmenbedingungen des kommunalpolitischen Handelns sowie gesellschaftliche Entwicklungen haben eine hohe Relevanz. Dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker beispielsweise Hass und Hetze ausgesetzt sind oder Arbeitgeber ein kommunalpolitisches Engagement nicht wertschätzen, zeigt bei potenziellen Kandidaten offenbar Wirkung.

KOPO 03/Seite 50ff.

Studie: Finanzen der kommunalen Fraktionen

(Julia Zupancic)

Regelmäßig befragt das nordrhein-westfälische KPVBildungswerk e.V. seine Mitglieder zu aktuellen Themen und Entwicklungen im kommunalpolitischen Kontext, um von genau denjenigen, die Tag für Tag vor Ort aktiv sind, eine Einschätzung und Meinung zu den relevanten Sachverhalten zu bekommen. Zuletzt sind die CDU-Fraktionsvorsitzenden in den Räten der kreisfreien sowie kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die CDU-Fraktionsvorsitzenden in den Kreistagen sowie die CDU-Fraktionsgeschäftsführer in den Kreisen, kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten befragt worden. Ziel der Umfrage war es, zu den „Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretungen“ – sprich zu ihrer finanziellen Ausstattung – entsprechende Informationen zu erhalten, um diese präsentieren zu können.

KOPO 04/Seite 47ff.

Ganztagsförderung für Grundschüler

(Markus Klaus)

Ab Schuljahr 2026/2027 haben alle Grundschulkinder Anspruch auf acht Stunden Ganztagsbetreuung, auch während der Schulferien. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs wird durch ein Landesgesetz geregelt, bisher liegen jedoch nur Eckpunkte vor. Daraus geht hervor, dass – anders als im Koalitionsvertrag vorgesehen – nicht in erster Linie die Schulträger adressiert werden, sondern die Jugendhilfeträger.

KOPO 04/Seite 52ff.

Gütersloh: Bürgermeister droht Abwahl

(Markus Klaus)

In Gütersloh spitzt sich die Lage um Bürgermeister Norbert Morkes zu, dessen Amtszeit Mitte Juni nach nur dreieinhalb Jahren zu Ende gehen könnte. Vorwürfe schwerwiegender Natur haben zu einem Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft und einem Disziplinarverfahren beim Kreis geführt.

KOPO 05/Seite 34f.

Geplante Änderungen des Kommunalwahlgesetzes (Gregor Bender)

Das Kommunalwahlrecht in NRW wird reformiert. Im Mittelpunkt stehen organisatorische Neuerungen, um die gleichzeitige Durchführung von Kommunal- und Bundestagswahlen zu erleichtern. Darüber hinaus werden Entscheidungen des Verfassungsgerichts vom 20.12.2019 umgesetzt, einschließlich einer Anpassung der Wahlbezirksgrößen. Doch nicht alle vorgeschlagenen Änderungen stoßen auf Zustimmung. Insbesondere die Option zur Reduzierung der Vertretungsmitglieder und appellative Regelungen zur Geschlechterparität werden kritisiert. Ein Überblick über die wesentlichen Änderungen und die Diskussion vor Ort. KOPO 05/Seite 39ff.

Mehr Flexibilität für Wahlbeamte (Gregor Bender)

Das Landeskabinett Nordrhein-Westfalen hat am 5. März 2024 beschlossen, den Kabinettsbeschluss vom 27. August 1996 „Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters (Landrats); hier: Wiedereinstellungszusage an Landesbeamte, die ein solches Amt anstreben“ aufzuheben. Der Kabinettsbeschluss ist für viele Kommunal- und Landesbeamte, die mit dem Gedanken spielen, sich als Hauptverwaltungsbeamte oder Beigeordnete wählen zu lassen, ein überaus bedeutender Schritt für eine Entscheidung zugunsten einer Laufbahn als Wahlbeamter. KOPO 05/Seite 42f.

Windenergie: NRW startet Transparenzplattform (Markus Klaus)

NRW führt mit dem neuen Bürgerenergiegesetz und einer innovativen Transparenzplattform den Weg für eine umfassende Bürgerbeteiligung ein. Die bundesweit einzigartige Plattform informiert Gemeinden und Bürger über finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten und zeigt auf einer interaktiven Karte alle Windenergieprojekte in der Nähe. KOPO 05/Seite 44f.

Diskussion um Grundsteuerreform geht weiter (Markus Klaus)

Die Reform der Grundsteuer in Deutschland ist eine komplexe Herausforderung, die nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Ländern und Kommunen für Diskussionen sorgt. Zentraler Punkt der aktuellen Debatte ist der Vorschlag von NRW-Finanzminister, Dr. Marcus Optendrenk (CDU), und der Finanzministerin von Rheinland-Pfalz, Doris Ahnen (SPD). Sie fordern eine bundesgesetzliche Öffnung des kommunalen Hebesatzrechts, um flexibler auf die durch die Reform verursachten Belastungsverschiebungen reagieren zu können. Nach übereinstimmender Auffassung werden nach der aktuellen Rechtslage Wohnhäuser stärker belastet als Gewerbegrundstücke. KOPO 05/Seite 46

Grundsteuerreform in NRW (Dr. Marcus Optendrenk)

Nordrhein-Westfalen gibt Kommunen bei der Grundsteuerreform die Möglichkeit, Belastungsverschiebungen zwischen Wohn- und Gewerbeimmobilien auszugleichen. Dr. Marcus Optendrenk als Landesminister der Finanzen erklärt, warum er das für den richtigen Weg hält. KOPO 07/Seite 44f.

Umfrage: Perspektiven der Kommunalpolitiker in NRW (Markus Klaus)

Eine aktuelle Umfrage des KPV-Bildungswerk e.V. unter seinen Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen gibt wertvolle Einblicke in die Herausforderungen und Zukunftspläne der Kommunalpolitikerinnen und -politiker. An der Erhebung, die vom 24. Mai bis zum 5. Juni 2024 durchgeführt wurde, nahmen rund 1.400 Kommunalpolitikerinnen und -politiker teil. Die Umfrage wurde an 6.500 Mandatsträger verschickt und erreichte damit eine Rücklaufquote von etwa 20 %. Sie beleuchtet nicht nur ihre derzeitige Arbeitssituation, sondern auch ihre Bereitschaft, bei der Kommunalwahl 2025 erneut anzutreten. KOPO 09/Seite 12

Grundsteuerreform in NRW – eher eine schlechte Lösung! (Ekkehard Grunwald)

Dr. Marcus Optendrenk, Finanzminister in Nordrhein-Westfalen, überrascht in seinem Artikel (KOPO 07/08 2024, Seite 44) mit folgender Aussage: „Wenn eine Steuerreform über Jahre läuft und in Presse, Rundfunk und selbst an Stammtischen wochenweise durch dekliniert wird, verliert man bisweilen den Blick für die einfachen Fakten.“ Also werfen wir einen Blick auf die „einfachen Fakten“ aus kommunaler Sicht! KOPO 10/Seite 48ff.

Funktionsfähige kommunale Vertretungen (Markus Klaus)

Die 5-Prozent-Hürde galt in NRW lange als der „Goldstandard“, um die Funktionsfähigkeit der Kreistage und Räte zu gewährleisten. 1994 hatte sich der Verfassungsgerichtshof NRW (VerfGH) erstmalig mit der Sperrklausel befasst und durch Urteil vom 29. September festgestellt, dass der Landtag verpflichtet ist, für die Kommunalwahlen 1999 zu überprüfen, ob die 5 Prozent-Sperrklausel im Kommunalwahlgesetz unverändert aufrechterhalten werden darf. KOPO 10/Seite 51ff

Disziplinarrecht und Informationsfreiheit (Stefan Essmeier)

Das Disziplinarrecht und die Informationsfreiheit stehen im Kontext der Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen (NRW) in einem komplexen Spannungsverhältnis. Besonders im Fokus stehen dabei die Möglichkeiten und Grenzen, Disziplinarmaßnahmen gegen Bürgermeister öffentlich bekannt zu machen. Dieser Artikel beleuchtet die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Pflichten der Amtsträger und die Informationsrechte der Bürger. KOPO 10/Seite 56f

Grundsteuer: Differenzierte Hebesätze zulässig (Julia Zupancic)

Mit der ab 2025 greifenden Grundsteuerreform steht den Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine Neuausrichtung bevor. Die Landesregierung hat beschlossen, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, differenzierte Hebesätze für Wohn- und Gewerbeimmobilien festzulegen. Dies soll verhindern, dass die Steuerlast für Wohnimmobilien stark ansteigt, während Gewerbeimmobilien entlastet werden. KOPO 10/Seite 58

WISSEN WAS VOR ORT PASSIERT!

KOPO

kommunalpolitische
blätter

Neu: KOPO online
für Ihr Smartphone
oder Tablet
für nur 58,80 Euro!
kopo.de/kopo-app

Ihr Probe-Abo
zum Vorzugspreis:
Drei Ausgaben
für 12,90 Euro!
kopo.de/probeabo

KOPO lesen – wissen was vor Ort passiert

Sie wollen rechtzeitig über anstehende Entscheidungen im Bundestag und in der Europäischen Union informiert werden?

Sie wollen die Hintergründe und Auswirkungen auf die Kommunen?

Sie wollen rechtzeitig mit Ihren Abgeordneten fachkundig die Diskussion führen?

► **Lesen Sie KOPO und mischen Sie sich ein!**

Sie wollen grundlegende Fachinformationen?

Sie wollen über die aktuelle Rechtsprechung unterrichtet sein?

Sie wollen den kommunalrechtlichen Hintergrund?

► **Lesen Sie KOPO und Sie sind besser informiert!**

Sie wollen Teil der kommunalen Familie sein?

Sie wollen etwas über die Menschen erfahren?

► **KOPO: Informativ, hintergründig und spannend!**



Auch Ihre Gemeinde, Stadt, Ihr Kreis oder Ihre Fraktion kann sich die KOPO leisten: Bestellen Sie jetzt!

Die KOPO (kommunalpolitische blätter) ist die offizielle Stimme der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) und erscheint zehnmal im Jahr bundesweit in neuem modernen Magazinlayout.



kopo.de/abonnieren